

LANDTAGS NACHRICHTEN

14. Juli

5 / 2017

www.landtag-mv.de



+++ Sondersitzung: Wahl der Ministerpräsidentin und Vereidigung der Minister +++ Aktuelle Stunde zu Kita-Gebühren
+++ Denkort für friedliche Revolution +++ Anhörung zur Erzieherausbildung +++ Jugendprojekt in Ravensbrück
+++ „Jugend fragt nach“ und Generationen-Dialog +++ Das war der „Tag der offenen Tür“ des Landtages +++



3	Gastkolumne	Michael Seidel (Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung) blickt zurück auf das erste Jahr der neuen Wahlperiode.
4 – 14	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Sondersitzung	Wahl der Ministerpräsidentin und Vereidigung des neuen Kabinetts
6 – 7	Aktuelle Stunde	„Zusagen einhalten – Eltern bei der Kindertagesbetreuung entlasten“
8 – 14	Berichte	Friedliche Revolution – Kraft und Engagement für zukünftige Generationen bewahren Erste Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Landesverfassung (Quoren) Tätigkeitsbericht 2016 des Petitionsausschusses Menschen Zukunftsperspektiven bieten Ehe für alle
14	Weitere Beschlüsse	Gesetz zum psychosozialen Prozessbegleitung Straßen- und Wegegesetz M-V Wahl der Mitglieder der Stasi-Überprüfungskommission
16 – 20	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Sozialausschuss:</i> Anhörung zur Änderung des Kita-Gesetzes <i>Rechtsausschuss:</i> Parlamentsforum Südliche Ostsee in Stettin / Konferenzbegleitendes internationales Jugendforum Abschlusstreffen der BSPC-Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“ <i>Innen- und Europaausschuss / Rechtsausschuss:</i> Gemeinsame Informationsreise nach Brüssel <i>Energieausschuss:</i> Besuch der Rostocker Straßenbahn AG und des Verkehrsverbundes Warnow sowie der Stadtwerke Rostock AG
21 – 31	PANORAMA	Jugendbegegnungstage in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück „Jugend fragt nach 2017“ und „Generationen-Dialog“ Rückblick auf den „Tag der offenen Tür“ des Landtages am 18. Juni
32	CHRONIK	

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,

Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,

www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 8. Mai 2017

Der gesellschaftliche Diskurs hat schon gewonnen

■ Die erste parlamentarische Saison der neuen Wahlperiode ist Geschichte. Das „christliche Abendland“ ging nicht unter. Weder haben Wutbürger und Populisten die Macht übernommen (sie genießen vielmehr mit Wonne die Segnungen der repräsentativen Demokratie), noch zogen die demokratischen Parteien sonderlich innovative Lehren aus dem dramatischen Wahljahr 2016.

Unbestritten: Die Rechtsaußen haben sich im Hohen Haus etabliert. Zuweilen treibt die AfD die demokratischen Fraktionen sogar vor sich her: Das gebräuchlichste Oppositionsinstrument, die Kleine Anfrage, nutzt sie geschickt: Im Gegensatz zu früheren „Neulingen“ gab sie sich nicht die Blöße, Anträge anderer ostdeutscher Oppositionsfrak-

tion be allerdings, weil Demokraten oft nur reagieren auf Aktivitäten vom rechten Rand – wenn überhaupt. Zwar ist jeder gut beraten, nicht über jedes Stöckchen zu springen, das die Nationalkonservativen hinhalten. Doch Ignorieren ist kein Rezept in Zeiten, da sich Populisten aller Couleur in sozialen Netzwerken ihre eigenen Resonanzräume schaffen.

Allerdings ist es der AfD nicht gelungen, ihren Selbstanspruch als politische Alternative zu „Systemparteien“ nachzuweisen. Im Gegenteil: Sie macht alles genauso wie die Etablierten. Überdies spielen etliche ihrer Abgeordneten auf der üblichen Klaviatur einer Protestpartei: Provokation. Mit Demagogie, völkischem Vokabular und Umdeutung von Fakten und Entscheidungen.

„ So politisiert waren die Menschen seit der Wendezeit nicht mehr. „

tionen zu recyceln, um Aktivität vorzutäuschen. Vielmehr setzt sie es entlang ihrer widersprüchlichen Programmatik ein, um Aufmerksamkeit zu produzieren. Oft ergeben die Antworten der Landesregierung Nachrichtenwerte, an denen Medien nicht vorbeikommen. Umso mehr sind die Medien gefordert zu hinterfragen, in korrekte Kontexte zu stellen oder falsche Einordnungen zu widerlegen. Dies ist öffentliche Aufgabe unabhängiger Medien – allerdings auch gegenüber allen anderen Fraktionen.

Wenn die aufgeheizte gesellschaftliche Situation Journalisten eine Lehre mitgab, dann, dass ihr gesetzlicher Auftrag mehr umfasst, als Geschehen nur zu reportieren. Reine Verlautbarung ist längst nicht mehr zeitgemäß. Erschwert wird den Medien ihre originäre Aufga-

DIE LINKE als kleinere Oppositionsfraktion hat es schwer, neben der teils überbordenden Öffentlichkeitsarbeit der Nachbarn von rechts mit ihren regierungskritischen Akzenten wahrgenommen zu werden. Versuche, mit solider statt marktschreierischer Rhetorik seriöse Alternativen anzubieten, stießen kaum auf Resonanz – obwohl sich SPD und CDU doch im Koalitionsvertrag selbst in die Pflicht nahmen, konstruktiver mit Oppositionsvorschlägen umzugehen. Da scheint es weiter nach Artikel 1 der „Mecklenburgischen Verfassung“ zu laufen: Allens bliwwt bi'n Ollen. Die Regierenden haben recht, die Opposition im Prinzip immer unrecht.

Stattdessen bediente die Koalition selbst Klischees: Mit „Versorgungsposten“ für Parteifreunde oder dem Fauxpas um



Foto: Eckli Raff

Michael Seidel ist Chefredakteur im Zeitungsverlag Schwerin, in dem die Schweriner Volkszeitung, die Norddeutschen Nachrichten und Der Prignitzer erscheinen. Seidel war lange Jahre Parlamentskorrespondent und Vorstand der Landespressekonferenz.

Frau Präsidentins Doppel-Dienstwagen, mit dem die Landtagsverwaltung wenig Fingerspitzengefühl für die Außenwirkung bewies.

Doch trotz solcher Aufreger erfreut sich das Parlament in der Bevölkerungsmehrheit anhaltenden Interesses. Besuchergruppen strömen in Scharen, um hinter die Kulissen der Landespolitik zu schauen – nicht nur am Tag der offenen Tür. Besonders Jugendliche nehmen Debattenangebote des Parlaments wahr.

Wer also aus dem zeitweiligen Hoch einer selbstgewissen AfD schließt, die repräsentative Demokratie sei in einer Legitimationskrise, kann bei genauerer Betrachtung Hoffnung schöpfen: So politisiert waren die Menschen seit der Wendezeit nicht mehr, so intensiv wurde selten auch von den Medien eingefordert, sich tiefgründiger und kritischer mit Politik auseinanderzusetzen, Haltung zu zeigen und die gesamte Breite des Meinungsspektrums abzubilden. Ein gutes Zeichen: Trotz und teils wegen des Fake-News- und Lügenpresse-Geplappers hat der gesellschaftliche Diskurs schon gewonnen.

Es bleiben vier Jahre, im Parlament vor den Augen der Öffentlichkeit eine politische Kultur zu entwickeln, die souveräner als bisher auch mit Standpunkten am Rande des Spektrums umgeht, so politische Entscheidungen transparenter und nachvollziehbarer macht. Der neue Plenarsaal wird das hoffentlich befördern.

Michael Seidel

Auf Selling folgt Schwesig

40 von 70 Abgeordneten stimmten für die 43-Jährige als Ministerpräsidentin

■ Die Tagesordnung ist nur drei Punkte kurz, schreibt aber ein Stück Landesgeschichte: Nachdem Erwin Selling aus gesundheitlichen Gründen als Ministerpräsident zurücktrat, wählte der Landtag in einer Sondersitzung am 4. Juli Manuela Schwesig zu seiner Nachfolgerin. Damit steht erstmals eine Frau an der Spitze der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern.

Am Anfang sitzt sie im Plenarsaal noch unter den Zuschauern. So will es das Protokoll. An Schwesigs Seite: ihr Mann, die beiden Kinder, Eltern und Schwiegereltern. Der Gästebereich ist bis auf den letzten Platz gefüllt. Mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, den Kirchen. Noch bevor die Sitzung beginnt, hat Manuela Schwesig schon viele Hände geschüttelt und nette Worte mit auf den Weg bekommen.

Auf einen Weg, der so nicht geplant war. Schließlich hat das Parlament erst im November 2016 einen Ministerpräsidenten gewählt. Turnusmäßig, nach der Landtagswahl im September. Doch Ende Mai gab Erwin Selling bekannt: Er ist schwer krank. Zu schwer, um weiter als Ministerpräsident arbeiten zu können. Vor zwei Stunden ist er, wie angekündigt, zurückgetreten. In diesen Minuten leitet er das Amt noch geschäftsführend. Bis seine Nachfolgerin gewählt ist.

Tritt auf Bundesebene der Regierungschef zurück, wird er formal vom Bundespräsidenten entlassen und erhält eine Entlassungsurkunde. Auf Landesebene gibt es ein vergleichbares Prozedere nicht. Zur Tagesordnung geht Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider aber nicht ohne persönliche Worte an Erwin Selling über: „Sie haben Ihr Amt schweren Herzens niedergelegt, um sich mit ganzer Kraft auf Ihre Genesung zu konzentrieren. Diese Entscheidung



Manuela Schwesig unmittelbar nach Verkündung des Wahlergebnisses. An ihrer Seite ihr Mann, ihre Kinder, die Eltern und Schwiegereltern.



Applaus für die Leistungen Erwin Sellings als Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern.

verdient allerhöchsten Respekt.“ Erwin Selling sei zu Recht immer häufiger als Landesvater bezeichnet worden. Nie habe er ein Geheimnis um seine Herkunft gemacht – als Kind des Ruhrgebiets habe er seine Heimat in Mecklenburg-Vorpommern gesucht und gefunden und sich durch seinen direkten Kontakt zu den Menschen großes Vertrauen erworben. Erwin Selling habe Mecklenburg-Vorpommern in den vergangenen Jahren maßgeblich mitgestaltet, mit ruhiger Hand regiert und viele Erfolge verbucht, sagt Bretschneider und würdigt vor allem Sellings Einsatz für die Anerkennung der Lebensleistung der Ostdeutschen, für die Rentenangleichung Ost und West sowie

seine Standhaftigkeit, die Beziehungen zu Russland nicht abreißen zu lassen. Selling sitzt in der ersten Abgeordnetenreihe, senkt immer wieder den Blick. Bretschneiders „herzliches Glückauf“ für Selling versinkt in Applaus und stehenden Ovationen.

Dann richtet sich der Fokus auf Manuela Schwesig. Sie ist die einzige Kandidatin. Die gemeinsame Kandidatin der Koalitionsfraktionen SPD und CDU, vorgeschlagen von Selling. Die Landtagspräsidentin ruft die Abgeordneten alphabetisch nach vorn. Die Abstimmung ist geheim. 70 Frauen und Männer gehen in die Wahlkabine. Ein CDU-Abgeordneter fehlt krankheitsbedingt.



Nach ihrer Wahl ernannte Manuela Schwesig die Minister ihres Kabinetts, die im Landtag vereidigt wurden. Personelle Veränderungen gibt es nicht.

Foto: Uwe Sinnecker



Manuela Schwesig bei ihrer Vereidigung durch Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider.

Fünf Minuten dauert es, dann sind die Stimmen ausgezählt. Um gewählt zu sein, muss die Mehrheit der Parlamen-

tarier für Schwesig stimmen. Das wären mindestens 36 Abgeordnete. Am Ende sind es 40. 29 Abgeordnete gaben ihr nicht ihre Stimme. Eine Person hat sich enthalten. Damit erhielt sie zwei Stimmen weniger, als SPD und CDU Mandate haben. „Nehmen Sie die Wahl an?“, fragt Landtagspräsidentin Bretschneider. „Ich nehme die Wahl an“, antwortet Manuela Schwesig.

Mit ihrer Vereidigung ist die 43-Jährige die erste Regierungschefin in Mecklenburg-Vorpommern und die jüngste in Deutschland. Schwesig selbst nannte es eine „Ehre und Verpflichtung zugleich“, Ministerpräsidentin von Mecklenburg-

Vorpommern zu sein, und kündigte für die nächste reguläre Landtagssitzung am 12. Juli eine Regierungserklärung an. Dann nimmt sie auf der Regierungsbank Platz.

Neue alte Landesregierung vereidigt

Tritt der Ministerpräsident zurück, verlieren auch die Ressortchefs ihre Ämter. Deshalb müssen auch sie neu ernannt werden und ihren Amtseid vor dem Parlament leisten. Personelle Veränderungen gab es nicht; Schwesig übernimmt alle Ministerinnen und Minister.

Schweigeminute für Helmut Kohl

Zu Beginn der Sondersitzung gedachte der Landtag mit einer Schweigeminute des verstorbenen Altkanzlers Dr. Helmut Kohl. „Helmut Kohl war von 1982 bis 1998 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und damit der bisher am längsten regierende Kanzler. In seiner Amtszeit bereitete er den Weg für die deutsche Einheit und gestaltete den Prozess der Wiedervereinigung maßgeblich mit“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zuvor in einer kurzen Rede. „Wir verneigen uns vor einem großen Staatsmann, der ein Glücksfall für Deutschland und Europa war.“ Helmut Kohl war am 16. Juni im Alter von 87 Jahren gestorben.



Fotos: Jens Büttner

Wann kommt die beitragsfreie Kita?

Fraktionen streiten in Aktueller Stunde über den Weg zur Entlastung der Eltern



Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE)



Maika Friemann-Jennert (CDU)



Sozialministerin Stefanie Drese

■ Wenn es eine Top-10-Liste mit Themen gäbe, über die die Landtagsabgeordneten immer wieder debattieren, hätten die Kosten für die Kinderbetreuung einen festen Platz darauf. Unabhängig von Koalition und Opposition eint die Fraktionen seit Jahren das Ziel, Eltern bei den Kosten zu entlasten. Auseinander geht dabei jedoch die Marschrichtung. In dieser Legislaturperiode ebnet die Koalition mit 30 Millionen Euro den Weg für weitere Entlastungen. Davon werden ab Januar 2018 die monatlichen Elternbeiträge für Kinder, die in einer Kita oder von einer Tagesmutter betreut werden, um bis zu 50 Euro reduziert. Ab 2019 sollen Eltern für das zweite Kind – auch im Hort – nur noch die Hälfte und ab dem dritten gar keine Beiträge mehr zahlen. Der Fraktion DIE LINKE geht dieser Regierungskurs nicht schnell und weit genug. Sie warf SPD und CDU vor, Zusagen nicht einzuhalten.

„Wir haben die Elternbeitragsentlastung heute auf die Tagesordnung gesetzt, weil es brennt“, sagte **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE). Sie kritisierte, dass die Entlastung erst 2018 komme und nicht für Familien gelte, deren Beiträge die Kommune übernehme. „Die Landesregierung spart sich die versprochene Elternbeitragsentlastung auf Kosten der Kommune zurecht.“ Und das, obwohl

sie die Kommunen bei der finanziellen Ausstattung ohnehin schon im Stich lasse. Die Leidtragenden seien am Ende die zahlenden Eltern, die einmal mehr damit rechnen müssten, dass Städte und Gemeinden die Kosten an sie weitergeben. Seit elf Jahren kündigten SPD und CDU komplett beitragsfreie Kitas an. Stattdessen seien die Beiträge schneller gestiegen als die Löhne. „Mehrere Gutachten bestätigen, dass sich das Land im bundesweiten Vergleich am wenigsten an der Kindertagesförderung beteiligt. Doch von solchen Studien möchte die Landesregierung nichts wissen.“ Bernhardts Forderung: „Entlasten Sie die Eltern kurzfristig und stellen Sie bis 2021 die kostenfreie Kita her!“

Maika Friemann-Jennert (CDU) zeigte sich verwundert über das Thema der Aktuellen Stunde. „Aber der Wahlkampf naht ja, da muss der Landtag eben auch für ein Thema herhalten, bei dem DIE LINKE nach bekanntem Schema meckert.“ Die Vorwürfe entbehrten allerdings jeder Grundlage. „Die Elternentlastung wird zum 1. Januar 2018 kommen.“ Den Kommunen entstünde dadurch kein finanzieller Mehraufwand. „Wir werden dafür Sorge tragen, dass die finanzielle Grundförderung des Landes pro Betreuungsplatz auskömmlich ist.“ Steigende Vergütungen, Sach- und Investitionskosten würden dabei selbst-

verständlich angemessen berücksichtigt. „Dazu sind wir derzeit in intensiven Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner.“ Hier nehme DIE LINKE die parlamentarische Auseinandersetzung unzulässig vorweg. Unterm Strich lasse das für sie nur einen Schluss zu, so Friemann-Jennert: „Ihnen geht es wieder einzig und allein darum, Regierungshandeln infrage zu stellen. Ich glaube, Sie können nicht anders.“

„Die Landesregierung fährt beim Thema Kita seit vielen Jahren einen klaren Kurs: Wir verbessern Schritt für Schritt das Angebot“, hob Sozialministerin **Stefanie Drese** hervor. Dabei steigere das Land seine Ausgaben schneller als in anderen Bereichen. Standen 2007 noch 91 Millionen Euro für die Kinderbetreuung bereit, seien es in diesem Jahr 216 Millionen. „Das Haushaltsvolumen insgesamt ist in dieser Zeit nur um etwa 15 Prozent gestiegen.“ Sie erinnerte daran, dass die monatlichen Elternbeiträge für Vorschulkinder bereits um 80 Euro und für Krippenkinder um 100 Euro gesenkt wurden. Zu behaupten, dass die 2018 kommende Entlastung Kinder in zwei Klassen unterteile, sei eine „hinterhältige Argumentation“. DIE LINKE erwecke damit den Eindruck, dass Kinder aus finanziell schwachen Familien benachteiligt würden. Dabei sei der Kitabesuch für sie schon jetzt kostenlos. Drese versicherte, dass gänzlich beitragsfreie Kitas



Christel Weißig (AfD)



Martina Tegtmeier (SPD)



Vincent Kokert (CDU)

auch ganz im Sinne der Koalition seien. „Wir streuen den Menschen aber keinen Sand in die Augen, sondern sagen klar: Dieses Ziel lässt sich nur auf mittlere Sicht, schrittweise und am besten mit Unterstützung des Bundes erreichen.“

„Die Fraktion DIE LINKE hat mit ihrer Aktuellen Stunde ein Thema aufgegriffen, das leider so aktuell nicht ist, denn seit Wochen, Monaten, ja, Jahren ist die Kinderbetreuung eine große Herausforderung“, sagte **Christel Weißig** (AfD). Sie sprach sich für eine sofortige Beitragsfreiheit aus. „Statt immer wieder für Ankündigungen und Versprechungen in Koalitionsverträgen sinnlos Papier und Zeit zu verschwenden, könnten Sie den ganz großen Wurf wagen und die Kinderbetreuung gleich für alle kostenfrei machen. Das wäre ein Signal!“ Stattdessen schiebe die Regierung die Probleme nur hin und her. „Durch Ihre Rechnerei und Wortklauberei belasten Sie die Kommunen erneut über Gebühr.“ Und das, obwohl diese schon genug Schulden hätten. Solche „Taschenspielertricks“ seien unangebracht, verspielten Vertrauen und gegenseitigen Respekt. „Für uns von der Alternative für Deutschland sind kostenfreie Kinderbetreuung und ideologiefreie Bildung zentrale Aspekte einer zukunftsorientierten Familienpolitik.“

Martina Tegtmeier (SPD) warf einen Blick auf die Statistik: 56 Prozent der Kinder unter drei Jahren besuchen Krippen, 96 Prozent der Kinder zwischen drei und sechs Jahren einen Kindergarten. „Dieser Anteil spricht nicht dafür, dass unsere Kitas unbezahlbar oder schlecht sind.“ Hier werfe DIE LINKE einmal mehr mit Nebelkerzen. Gleiches gelte für die Panikmache in Bezug auf die Finanzen der Kommunen. Zu suggerieren, dass die Lasten auf sie abgewälzt würden und das wiederum die Elternbeiträge erhöhe, „ist ganz schön starker Tobak“. Wer sich die Entwicklung der Kindertagesförderung anschau, dürfe nicht vergessen, dass es zwischenzeitlich eine Finanzkrise gegeben habe. „All das musste aufgefangen werden und spielt auch eine Rolle dabei, wie man mit Entlastungen oder der Ausstattung von Kommunen vorankommt.“ Auf den Vorwurf der Linken, dass die Regierung die Elternentlastung bis 2018 hinauszögere, entgegnete sie: „Eine Koalitionsvereinbarung gilt für fünf Jahre und muss nicht in den ersten 100 Tagen umgesetzt werden.“

„Sie haben unseren Koalitionsvertrag vorgelesen und einen großen Popanz darüber aufgebaut. Und ich habe mich die ganze Zeit gefragt: Was kritisiert ihr eigentlich?“, wandte sich **Vincent Kokert**, Fraktionsvorsitzender der CDU, an die Linken. Alles, was im Koalitions-

vertrag steht, werde eins zu eins umgesetzt. „Da können Sie ganz beruhigt sein.“ Grundlage dafür sei eine solide Finanzpolitik, die vorsehe, alte Schulden zu tilgen und die gesparten Zinsen in die Elternentlastung zu investieren. Und „wir legen nicht jedem Kind eine Schuldverschreibung mit in die Wiege“, betonte Kokert mit Blick auf den Verzicht auf neue Schulden. Hier leiste die Koalition „gute Arbeit“. „Und das lassen wir uns von den Linken auch nicht schlechtreden.“ Einen Seitenhieb auf die Sozialdemokraten konnte er sich denn aber doch nicht verkneifen: „Die alte Tante SPD regiert, mit einer kurzen Unterbrechung, seit 1998 im Bund mit. Ich höre Kita hier, Kita da. Aber wo sind denn Ihre Anträge? Wo sind denn Ihre Initiativen im Bundestag?“

Fotos: Uwe Sinnicker



Die vollständige Aussprache können Sie auf der Website des Landtages nachlesen (Parlamentsdokumente/ Plenarprotokolle) oder auf dem YouTube-Kanal anschauen.

Ein Denkmal für 1989

Landtag plädiert einstimmig für Gedenkort der friedlichen Revolution

■ "Wir sind das Volk! Wir sind das Volk!" Es ist auch der Mut zigtausender Menschen hierzulande, der im Herbst 1989 die Krusten des DDR-Staates aufbricht und innerhalb weniger Monate in einen weltpolitischen Epochenwechsel mündet. Knapp drei Jahrzehnte später soll diesem Mut ein Denkmal gesetzt werden. Mit einem Gedenkort, der an die friedliche Revolution, ihre Hintergründe und Ursachen erinnert. Den Anstoß dazu gab auf Initiative der CDU die Koalition. AfD und DIE LINKE schlossen sich dem Antrag einstimmig an. Das Wie und Wo soll bis Ende Mai 2018 erarbeitet werden. Die Eröffnung ist für 2019 – zum 30. Jahrestag des Mauerfalls – vorgesehen.

„Das Denkmal soll das Feuer, das damals in den Herzen der Menschen brannte, für junge Menschen erlebbar machen. Es soll daran erinnern, dass 1989 das erste und einzige Mal war, dass auf deutschem Boden eine Revolution funktioniert hat. Und es soll daran erinnern, dass immer dann, wenn systematischer Machtmissbrauch zur Methode wird, wir – auch gerade als Demokraten – aufstehen und unsere Stimme dagegen erheben müssen“, machte CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert** das Anliegen deutlich. Den Ort und die Form des Gedenkens lasse der Antrag ganz bewusst offen. Er persönlich könne sich aber die Stadt Waren gut als Standort vorstellen. Denn dort hätten sich am 16. Oktober 1989 die ersten mutigen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mit Kerzen in der Hand und getragen von dem Motto „Eine Hoffnung lernt laufen“ auf den Weg gemacht. „Wenn Sie sich vergegenwärtigen, mit welchem Mut und Idealismus die Menschen sich damals auf den Weg gemacht haben, dann ist es dringend an der Zeit, dass wir diesen Antrag umsetzen.“



Foto: Jens Büttner

Mit dem Ende der DDR verwandelte sich der ehemaligen Grenzstreifen in eine Erinnerungslandschaft mit historischen Überresten, Gedenksteinen und Museen.

Das sieht auch Bildungsministerin **Birgit Hesse** so. „Es geht dabei um sehr viel mehr als die Geschichte des Mauerfalls. Das ist eine oft zu hörende, aber völlig verkürzte Sicht auf das Jahr 1989.“ Die Forderungen richteten sich auf Grundpfeiler der Demokratie: freie Wahlen, Pluralismus, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, Frauenrechte und Umweltschutz. Wer diese Zeit aktiv miterlebt habe, werde sie sicher nie vergessen. „Für die Jüngeren sind dies aber jetzt schon ferne Ereignisse, an die sie keine eigenen Erinnerungen haben.“ Nicht zuletzt stärke das Erinnern auch die demokratischen Grundwerte im Hier und Jetzt. „Es ist wichtig zu zeigen, dass diese Rechte und Freiheiten gerade heute keine Selbstverständlichkeit sind.“ Maßgeblich sei für sie, die bestehenden Gedenkstätten in die Erarbeitung eines Konzepts einzubeziehen. „Deshalb werde ich die Landeszentrale für politische Bildung bitten, dieses neue Angebot im Landesgedenkstättenkonzept zu berücksichtigen.“

„Die friedliche Revolution von 1989 ist ein einzigartiges historisches Ereignis“, sagte **Dr. Matthias Manthei** (AfD). „Wir DDR-Bürger überwinden damit 40 Jahre Repressionen durch einen Unrechtsstaat.“ Dieser Fakt sei gerade jungen Menschen vielfach gar nicht bewusst. „Studien zeigen immer wieder das lückenhafte Wissen der Schüler über die DDR-Diktatur.“ Was nicht selten in eine Verklärung der DDR-Vergangenheit münde. Für seine Fraktion spiele deshalb nicht der Standort des Denkmals, sondern die inhaltliche Auseinander-

setzung mit dem Thema die wichtigste Rolle. „Ein Dokumentations- und Informationszentrum, wie wir es für erstrebenswert halten, forscht über die Eröffnung hinaus, arbeitet die Geschichte auf und macht sie der Öffentlichkeit zugänglich.“ Er appellierte an die Landesregierung, die Standortfrage deutlich vor dem 31. Mai 2018 zu klären. „Im darauffolgenden Jahr soll die Ausstellung bereits umgesetzt sein.“

Susann Wippermann (SPD) erinnerte daran, wie schnell die Jahre vergangen sind. Auch unter den Abgeordneten befänden sich Frauen und Männer, die damals noch in den Kinderschuhen steckten oder noch nicht geboren waren. So schnell die Zeit vergehe, so schnell könne auch vergessen werden – etwa, dass die friedliche Revolution viele Grundwerte mit sich gebracht habe, die heute selbstverständlich seien. So selbstverständlich, dass sie Gefahr laufen, für „populistische, rassistische, rückwärtsgewandte Ideologien“ aufs Spiel gesetzt zu werden. Umso wichtiger sei ein Ort der Erinnerung. Der Antrag habe bewusst Gestaltungsspielraum für Ideen gelassen. Sie selbst würde sich „ein lebendiges Denkmal“ wünschen. „Eines, am dem die Menschen aktiv mitwirken können und das die menschliche Seite zeigt im Kampf um Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit.“ Ihre Fraktion hätte auch nichts gegen das von den Linken vorgeschlagene Landesgedenkstättenkonzept. Weil der Koalitionspartner CDU da aber anderer Meinung sei, könne sie dem Änderungsantrag nicht zustimmen.

DIR LINKE begrüßte den Antrag der Koalition ebenfalls – forderte aber, den Gedenkort in ein landesweites Gedenkstättenkonzept einzubinden. Um die Ereignisse von 1989 zu erklären, dürfe der geschichtliche Kontext nicht zu eng gefasst werden, sagte **Peter Ritter**. „Was ist zum Beispiel mit dem 17. Juni 1953, ohne den es den Wendeherbst 1989/1990 nicht gegeben hätte?“ Oder mit Gedenkstätten wie Fünfzeichen und den Synagogen in Hagenow, Röbel und Stavenhagen? „Dass diese Häuser heute wieder Stätten der Begegnung sind, ist auch Ergebnis der friedlichen Revolution.“ Gerade die Vielfalt von Akteuren und Orten sei das Interessante und sollte in ein Konzept münden, das sich nicht symbolhaft auf einen losgelösten Ort konzentriere, sondern „sowohl die politische Entwicklung bis 1989, als auch die Zeit des Wendeherbstes und die Zeit danach dokumentiert“. Die Vorarbeiten dafür habe die Landeszentrale für politische Bildung doch längst geleistet, warb er um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion.

„Wir wollen kein Konzept beschließen, das sowieso schon auf den Weg gebracht ist“, begründete **Ann Christin von Allwörden** für die CDU das Nein zum Änderungsantrag. In der bestehenden Gedenkstättenlandschaft gebe es bislang keinen Ort, der sich mit den Zusammenhängen der friedlichen Revolution auseinandersetze. „Genau diese Lücke soll jetzt geschlossen werden.“ Verwundert zeigte sie sich über die Kritik der AfD, dass die Regierung erst jetzt auf die Idee für einen Gedenkort gekommen sei. „Wenn diese Idee so offensichtlich ist, frage ich mich, warum die AfD als Partei, die alle populistischen Themen bedient, so etwas nicht schon längst selbst gefordert hat.“ Von einer Partei, die bekannt sei für ihre Äußerungen „mit einer sehr speziellen Auslegung der deutschen Geschichte“, brauche ihre Fraktion keine Belehrungen. Die Haltung der AfD zeige einmal mehr, wie notwendig die Gedenkstätte sei, „damit es nicht gelingt, die friedliche Revolution zum Gegenstand populistischer Profilierung zu machen“.

Antrag CDU/SPD-Koalition Drs. 7/529
Änderungsantrag DIE LINKE Drs. 7/593

Ehe für alle?

Linke scheitern mit Forderung nach mehr Engagement bei dem Thema

■ Sollen homosexuelle Paare heiraten dürfen? Das ist zwar keine Entscheidung, die der Landtag Mecklenburg-Vorpommern trifft. Er kann aber die Landesregierung mit einem entsprechenden Beschluss auffordern, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen. Eine Möglichkeit, die die Fraktion DIE LINKE mit ihrem Antrag über die „Ehe für alle“ in Blick hatte. Mit ihm wollte sie erreichen, dass sich die Landesregierung „mit allen verfügbaren Mitteln“ beim Bund für gleichgeschlechtliche Ehen einsetzt. Die SPD begrüßte den Vorstoß, die CDU nicht. Am Ende zählte der Koalitionszwang. Und das bedeutet: Die Landesregierung hat vom Landtag nicht den Auftrag bekommen, die Ehe für alle auf Bundesebene voranzubringen.

„Gleichgeschlechtliche Paare dürfen auch im 21. Jahrhundert in Deutschland noch keine Ehe eingehen. Das ist von gestern und ungerecht“, monierte **Peter Ritter** (DIE LINKE) in seiner Antragsbegründung. Es könne nicht angehen, dass sich der Staat in solch einer privaten Angelegenheit anmaße, eine Gewichtung vorzunehmen. Seit Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft habe es zwar nach und nach rechtliche Angleichungen an die Ehe gegeben. Doch noch immer stünden gleichen Pflichten ungleiche Rechte gegenüber, zum Beispiel bei Adoptionen. „Das ist nicht nachzuvollziehen. Lesbische und schwule Paare stehen genauso füreinander ein und tragen ebenso wie heterosexuelle Paare alle Lebensphasen hindurch füreinander Sorge.“ Er kritisierte, dass bislang alle Initiativen auf Bundesebene am Widerstand von CDU/CSU gescheitert seien. „Ein Abschluss noch in dieser Wahlperiode ist damit erneut in weite Ferne gerückt.“ Deshalb der vorliegende Antrag. „Farbe zu bekennen – genau das fordern wir heute von Ihnen. In Regenbogenfarben versteht sich.“

„So ist das eben in Koalitionen“, erwiderte Justizministerin **Katy Hoffmeister**.



Foto: Jens Büttner

„Wenn man sich auf ein Vorhaben nicht verständigt, dann steht es in der Legislaturperiode nicht auf der Agenda.“ Die Bedenken gegen den Gesetzentwurf im Bundestag kämen nicht von ungefähr. Die eingetragene Lebenspartnerschaft kraft einfachen Gesetzes mit der Ehe gleichzusetzen, halte sie für verfassungsrechtlich bedenklich. Dafür wäre nach derzeitiger Einschätzung eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich. „Der Bundestag ist sich offenbar der Tragweite dieser Weichenstellung bewusst.“ Die Sache brauche daher noch Zeit. Nicht ganz klar sei ihr, was DIE LINKE mit „allen verfügbaren Mitteln“ meine. „Das hört sich kernig an, ist aber sehr allgemein und unkonkret.“ Und letztlich auch ein zeitliches Problem, schließlich dauere die Legislaturperiode des Bundestages nur noch wenige Monate. „Schon aus diesem Grund geht Ihr Antrag formal ins Leere und ist abzulehnen.“

Die SPD sieht das anders. „Mit dem Antrag haben Sie auf jeden Fall eines unserer Herzthemen getroffen“, sagte **Nadine Julitz**. „Die Öffnung der Ehe ist längst überfällig. Es gibt keine rationalen Gründe dafür, warum immer noch Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt werden.“ Sie betonte, dass die Bundes-SPD das Thema immer wieder angeschoben und zum Teil auch gegen den Willen der CDU/CSU und mit Unterstützung des Bundesverfassungsgerichts Fortschritte erzielt habe. „Ich weiß nicht, wovor die Union Angst hat.“ Sich auf Grundgesetz und Bibel zu berufen, halte sie für Ausreden. „Was ist denn an einer Ehe für alle gefährlich?“ Ihre Fraktion würde sogar noch weiter gehen und auch das Adoptionsrecht anpassen. Der Antrag der Linken habe ihrer Fraktion „schwere Stunden bereitet“, offenbarte Julitz. Denn: Trotz aller inhaltlichen Zustimmung müsse sie ihn ablehnen. „Im Antrag heißt es: ‚mit allen

verfügbaren Mitteln'. Koalitionsbruch gehört nicht dazu."

So wichtig, wie gerade betont, könne der SPD das Thema gar nicht sein, stellte **Holger Arppe** (AfD) fest. „Ich sehe hier ganze sieben Abgeordnete sitzen. Das ist ziemlich traurig.“ „Familie ist die Keimzelle und der Grundpfeiler für den Erhalt eines Volkes.“ Für seine Fraktion sei es demnach folgerichtig, Ehe und Lebenspartnerschaft nicht einander gleichzustellen. Zumal die Unterschiede im Laufe der Jahre allmählich gegen Null tendierten. An dieser Stelle führe DIE LINKE eine „Geisterdebatte“ mit dem Ziel, „unsere traditionelle Ordnung“ für „linke Gesellschaftsexperimente“ zu dekonstruieren. Vielen Homosexuellen sei egal, ob ihre Verbindung Lebenspartnerschaft oder Ehe heiße. Sie sorgen sich laut Arppe vielmehr, ob sie in einigen Jahren überhaupt noch ohne Angst auf die Straße gehen können. „Eine Gesellschaft, in welcher der Islam eine immer größere Rolle spielt, ist kein guter Ort für Homosexuelle.“ Hier zeichne sich eine unheilvolle Entwicklung ab.

Maika Friemann-Jennert (CDU) wies zurück, dass ihre Fraktion eine Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft grundsätzlich ablehne. „Es sollte Aufgabe aller freiheitlich denkenden Demokraten sein, unterschiedliche sexuelle Orientierungen zu respektieren.“ Diesen vielfältigen Lebensmodellen habe der Gesetzgeber Rechnung getragen, indem er die Rechte homosexueller Paare in den vergangenen Jahren erheblich gestärkt habe. „Aus guten Gründen und unter Mitwirkung der

Christlich Demokratischen Union.“ Genauso richtig und legitim sei aber auch, dass die klassische, christlich geprägte Ehe aus Mann und Frau bestehe und es viele Menschen gebe, die eine Öffnung der Ehe nicht befürworten. Davor dürfe DIE LINKE nicht die Augen verschließen. „Ich finde es bisweilen unmöglich, dass diejenigen, die in dieser Frage nicht Ihre Meinung vertreten, sofort in die homophobe Ecke gestellt werden.“ Bei Wertentscheidungen gehe es darum, den größten Teil der Menschen mitzunehmen. „Ein jegliches hat seine Zeit und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde“, zitierte sie aus der Bibel. „Und heute ist nicht die Stunde, Ihrem Antrag zuzustimmen.“

Peter Ritter (DIE LINKE) zählte Justizministerin Hoffmeister Beispiele auf, wie sich die Landesregierung auf Bundesebene engagieren könnte: mit einer eigenen Bundesratsinitiative, mit Gesprächen auf der Ministerpräsidenten- oder Fachministerkonferenz oder mit Initiativen aus den Fraktionen heraus. „Das sind alles Mittel, die man in Anwendung bringen kann, wenn man es denn will.“ Er verwies auf Länder wie Spanien, Irland, Schweden, Dänemark und die Niederlande, die bei der Ehe für alle bereits mit gutem Beispiel vorangingen. Nur Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern wehre sich tapfer. Dabei stelle sich die Frage: „Wer hat denn die SPD eigentlich gezwungen, sich in einen Koalitionszwang mit der CDU zu begeben?“ Auch in der Politik gelte: „Augen auf bei der Partnerwahl.“

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/541

Fachkräfte gesucht!

SPD und CDU beschließen stärkeres Engagement

■ Gut ausgebildete Mitarbeiter sind das Rad, das viele Unternehmen am Laufen hält. Diesem Rad fehlt es jedoch zunehmend an Schwung. Die Zeiten, in denen Unternehmen für einen Ausbildungsplatz unzählige Bewerbungen erhielten, sind vorbei. Auch wer zum Beispiel in der Pflege oder Gastronomie Fachkräfte sucht, weiß: Das wird nicht einfach. Denn Jahr für Jahr gehen mehr Menschen in den Ruhestand, als junge Leute auf den Arbeitsmarkt rücken. SPD und CDU wollen deshalb in Gesprächen mit Tarifpartnern und Verbänden nach Möglichkeiten suchen, Arbeitskräfte im Land zu halten, Zuwanderer besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren und darauf hinwirken, dass im Ausland erworbene Qualifikationen schneller anerkannt werden.

„Der zunehmende Fachkräftemangel bereitet auch in unserem Land der Wirtschaft immer größere Sorge“, begründete **Jochen Schulte** (SPD) den Antrag. „Wenn ich zehn Beschäftigte brauche, um eine Leistung zu erstellen, aber auf Dauer nur fünf oder sechs Mitarbeiter habe, dann bin ich am Ende des Tages nicht mehr wettbewerbsfähig.“ Um das Land auf wirtschaftspolitischem Erfolgskurs zu halten, brauche es sowohl

Historische Entscheidung im Bundestag

Die Ehe für alle ist ein Thema, das den Bundestag lange beschäftigt hat. Zuletzt lagen ihm drei weitgehend gleiche Gesetzentwürfe dazu vor: von den Linken, den Grünen und vom Bundesrat. Die Koalitionspartner CDU/CSU und SPD vertreten zur Ehe für gleichgeschlechtliche Paare unterschiedliche Auffassungen: Die Union lehnte sie ab, die Sozialdemokraten nicht. In der Folge wurde das Thema immer wieder vertagt. Bis Bundeskanzlerin Angela Merkel am 26. Juni in einem Interview von einem gänzlichen Nein zur Ehe für alle abrückte und das Thema zu einer Gewissensentscheidung erklärte. Dann ging alles ganz schnell: Zwei Tage später empfahl der Rechtsausschuss auf Bestreben der Sozialdemokraten und mit Stimmenmehrheit von SPD, Lin-

ken und Grünen, den Gesetzentwurf des Bundesrats anzunehmen. Am 30. Juni folgte die namentliche Abstimmung im Bundestag. Ergebnis: 393 Abgeordnete stimmten dafür, 226 dagegen, vier enthielten sich. Am 7. Juli stimmte auch der Bundesrat zu.

So stimmten die MV-Bundestagsabgeordneten ab:

Ja: Sonja Steffen, Jeannine Pflugradt, Frank Junge (alle SPD), Heidrun Bluhm, Dietmar Bartsch, Kerstin Kassner (alle DIE LINKE), Harald Terpe (B' 90/DIE GRÜNEN), Peter Stein (CDU)

Nein: Angela Merkel, Eckhardt Rehberg, Dietrich Monstadt, Karin Strenz, Matthias Lietz (alle CDU)

bessere Qualifikationen für hier lebende Arbeitskräfte als auch bessere Rahmenbedingungen für Fachkräfte aus dem Ausland. „Ein Entweder-Oder kann es nicht geben.“ Das setze jedoch voraus, keine Ängste vor Überfremdung zu schüren. „Wer sich nicht klar und deutlich glaubhaft von rechtsextremistischen Tendenzen, Positionen und Äußerungen in seiner Fraktion distanziert, darf sich nicht wundern, wenn die Menschen die gesamte Fraktion zumindest für latent rechtsextremistisch halten“, wandte er sich an die AfD. Hintergrund sind Äußerungen des AfD-Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Ralph Weber, der im Nachgang eines AfD-Bundesparteitages von einer „Überfremdung mittels Zuwanderung“ gesprochen hatte.

„Ich hätte mir gewünscht, dass Sie ein bisschen intensiver über das Thema reden und nicht über Ihre eigenen Vorurteile der AfD-Fraktion gegenüber“, hielt **Leif-Erik Holm** Jochen Schulte entgegen. Für den AfD-Fraktionsvorsitzenden liegt der Fachkräftemangel zuvorderst in niedrigen Löhnen begründet. Er verglich das mit einem Autokäufer, der einen unfallfreien Jahreswagen suche, nur 1.000 Euro dafür ausgeben wolle und nicht fündig werde. „Kann man daraus nun schließen, dass es eine Gebrauchtwagenlücke gibt?“ Holm warb darum, Familien zu entlasten und die Bildungspolitik zu verbessern. „Das sind im staatlichen Bereich die Schlüssel, um die Fachkräftelücke zu schließen. Den Rest müssen die Tarifpartner klären.“ Keine Lösung sei dagegen Massenzuwanderung. „Es mag ja sein, dass einige windige Unternehmer das für einen bequemen Weg halten, um die Löhne unten zu halten.“ Mit seiner Fraktion sei dieser „Irrweg“ ohne ein Einwanderungsgesetz aber nicht zu machen.

Für Arbeits- und Wirtschaftsminister **Harry Glawe** sind Fachkräfte eine zentrale Voraussetzung für den künftigen Wohlstand des Landes. „Gerade für mittelständische Unternehmen ist ihre ausreichende Verfügbarkeit zunehmend spielentscheidend.“ Mit der verbesserten Lage auf dem Arbeitsmarkt treten die Schwierigkeiten, ausreichend Fachpersonal zu finden, jedoch zunehmend zutage. Um dem entgegenzuwirken, habe die Landesregierung be-



Mit der Fachkräfteinitiative „Durchstarten in MV“ wollen das Wirtschaftsministerium und die IHKs in M-V jungen Menschen Perspektiven im Land aufzeigen. Foto: Jens Büttner

reits vielfältige Angebote auf den Weg gebracht: das „Landeskonzept für den Übergang von Schule in den Beruf“ zum Beispiel; die Kampagnen „Besser ein Meister!“ und „Durchstarten in MV“ oder das Projekt „Unternehmensnachfolge in Mecklenburg-Vorpommern“. Auch für die Integration von Zuwanderern seien verschiedene Modelle entwickelt worden. „Von daher sehe ich sehr optimistisch in die Zukunft, auch wenn die Herausforderungen nicht kleiner werden.“

Der beste Weg zu mehr Fachkräften führt für **Wolfgang Waldmüller** (CDU) über eine Aufwertung der dualen Ausbildung. „Ein guter Meister ist manchmal besser als ein schlechter Bachelor“, sagte er in Anspielung auf einen zunehmenden „Akademisierungswahn“ von Schulabsolventen. Mit ihren Aufbau- und Zusatzqualifikationen stehe eine berufliche Ausbildung der akademischen in nichts nach. Das müsse noch stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Nicht minder wichtig sei eine Zuwanderung von Fachkräften innerhalb bestehender Richtlinien. „Wir müssen dringend die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen

entbürokratisieren.“ Leif-Erik Holm warf er vor, die Leistung von Unternehmern kleinzureden, schließlich seien sie diejenigen, die Arbeitsplätze schaffen. „Wenn Sie von ‚windigen Unternehmern‘ sprechen, halte ich das für keine Wertschätzung. Da sieht man, wes Geistes Kind Sie sind.“

Die Fachkräftelücke zu schließen, das sei auch ganz in seinem Sinne, unterstrich **Torsten Koplín** (DIE LINKE). Seine Fraktion werde dem Antrag jedoch nicht zustimmen. Dafür sei er viel zu „oberflächlich“. Darin stehe nicht, dass der gegenwärtige Mindestlohn von 8,87 Euro nicht vor Altersarmut schütze; nichts zu den Gehaltsunterschieden zwischen Frauen und Männern und auch nichts zum Budget für die Berufsausbildung oder Integration. „Wenn Sie bestimmte Sachen ausblenden, kommen Sie natürlich nicht zu Maßnahmen, die wirklich notwendig wären.“ Seine Fraktion gehe anders an das Thema heran und habe 15 Zukunftsprojekte benannt. Darunter ein Sofortprogramm für Pflegekräfte, mit dem jährlich eine Million Euro in die Ausbildung investiert werden soll. „Wir werden konkret, wir arbeiten mit Zahlen, reden über Tarife, während Sie nur allgemein bleiben. Das ist schade.“

Mit der Ablehnung des Antrags machen es sich die Linken nach Ansicht von **Jochen Schulte** (SPD) sehr einfach. Er hätte sich gewünscht, dass aus der Kritik ein eigener Antrag erwachsen wäre. „Vielleicht hätten wir dem nicht zugestimmt, aber wir hätten genauso, wie Sie über unseren Antrag diskutieren müssen, auch über Ihren diskutiert. Doch offensichtlich war Ihnen das Thema dann doch wieder nicht wichtig genug.“ Deutliche Worte fand er auch für den Redebeitrag der AfD: Wer Menschen, die maßgeblich am wirtschaftlichen Erfolg des Landes beteiligt seien, als „windige Unternehmer“ bezeichne und den Fachkräftemangel negiere, der wisse nicht, was er sagt. Der Fachkräftemangel sei ein Thema, das die Unternehmer täglich beschäftige. Wenn sich die Politik des Problems nicht annehme, werde es das Land eines Tages überrollen, so Schulte.

Antrag SPD/CDU-Koalition
Drucksache 7/530

So viele Petitionen wie noch nie

2016 erreichten den Petitionsausschuss 1626 Bitten und Beschwerden

■ Rundfunkbeiträge für Wochenendhäuser, Querelen mit dem Jobcenter, langwierige Sozialgerichtsverfahren, FKK-Strände, Verkehrslärm und die medizinische Versorgung in Wolgast: Das sind nur einige der Themen, die den Petitionsausschuss 2016 beschäftigten. Insgesamt erreichten ihn 1.626 Petitionen – so viele wie noch nie. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Anzahl mehr als vervierfacht. 806 Beschwerden bezogen sich auf einen geplanten Windpark in der Friedländer Großen Wiese. Zudem setzten sich 439 Schülerinnen und Schüler sowie zwei Massenpetitionen für den Erhalt der Schulsozialarbeit ein.

„Die klassische Bedeutung der Petitionen liegt darin, das individuelle Unrecht von Bürgern zu untersuchen und wieder auf richtige und rechtliche Wege zu bringen“, erläuterte Ausschussvorsitzender **Manfred Dachner**. Das unterscheidet den Petitionsausschuss wesentlich von den Fachausschüssen. Während diese sich mit Gesetzesvorhaben und Rechtsvorschriften beschäftigen, nehme der Petitionsausschuss auf Bitten von Bürgern deren Auswirkungen in den Blick. In der Folge habe er im vergangenen Jahr 329 Petitionen in den Landtag eingebracht. „Davon wurden 28 in Gänze im Interesse der Petenten abgeschlossen. Für 122 konnten Kompromisse erzielt werden. 25 Petitionen haben wir der Regierung überwiesen. 21 gingen an die Fraktionen mit dem Ziel, diese Petitionen in Gesetzen und politischen Initiativen zu berücksichtigen.“ Eine Arbeit, die ohne die akribische Unterstützung der Petitionsverwaltung kaum möglich wäre. An sie gehe daher ein besonderer Dank, so Dachner.



Foto: Jens Büttner

Der Petitionsausschuss des Landtages – v. l. Eva-Maria Kröger (DIE LINKE), Nils Saemann (SPD), Holger Arppe (AfD), Karen Larisch (DIE LINKE), Nikolaus Kramer (AfD), Vorsitzender Manfred Dachner (SPD), Christel Weißig (AfD), Dirk Stamer (SPD), Maika Friemann-Jennert (CDU), Elisabeth Aßmann (SPD). Foto: Jens Büttner

Nikolaus Kramer (AfD) lobte die „sachorientierte Arbeit“ im Ausschuss. Das treffe, gerade in der Zusammenarbeit mit seiner Fraktion, nicht für jeden Ausschuss zu. Die Zahl der Petitionen werte er als „Seismograf für die Stimmung der Bürger“. Dabei gehe es immer wieder um die gleichen Probleme – solche, die auch ihn bewegt hätten, „aus der gutbürgerlichen Stube in dieses kräftezehrende Politiktheater einzusteigen“. Der Greifswalder dankte insbesondere den Bürgern im Landkreis Vorpommern-Greifswald: Von hier stammten 2016 die meisten Petitionen. Wer eine Petition einreiche, sei „kein obrigkeitshöriger Diskussionsvermeider“ und „kein ewig treuer Untertan“. „Das sind aufrechte demokratische Bürger, die uns Abgeordneten den Spiegel vor die Nase halten, wo die Probleme aus ihrer Sicht liegen.“ Diesen Sorgen und Nöten sachlich nachzugehen, erweitere am Ende auch den Horizont der Abgeordneten, so Kramer.

Nach Ansicht von **Christiane Berg** (CDU) sind Petitionen eng mit der Transparenz von Entscheidungen verbunden. „Wenn die Verwaltung Rahmenbedingungen unzureichend auslegt, dann kommt das Gefühl der Benachteiligung auf und letztlich der Bürgerbeauftragte oder der Petitionsausschuss ins Spiel.“ Sie verstehe die Zahlen als Mutmacher, weil sie zeigen, dass Bürgerbeteiligung angenommen werde. Und als Ansporn, dem Bürgerwillen „wo immer möglich“ zu entsprechen. Das mache den Petitionsausschuss zu einem Gradmesser für

Bereiche, in denen die Legislative die Exekutive zum Handeln auffordern könne. Mit Blick auf die vielen Beschwerden zu Windeignungsgebieten forderte sie, die Bürger stärker zu beteiligen. „Nicht, dass wir uns vor der Bearbeitung der Petitionen drücken wollen, aber ein bisschen weniger in diesem Bereich stünde dem Land gut zu Gesicht.“

Für **Karen Larisch** (DIE LINKE) drücken die Zahlen die Unzufriedenheit der Menschen aus. Rechne man zu den 452 Petitionen im Sozialbereich noch die Beschwerden hinzu, die an den Bürgerbeauftragten gerichtet wurden, werde deutlich, dass der Schwerpunkt der Sorgen, Fragen und Probleme im Kinder- und Jugendbereich, in der Kinderbetreuung und im Sozialwesen liege. Einen Hauptgrund dafür sieht sie in einer bürgerfernen, überheblichen Behördensprache. „Die Menschen wenden sich häufig an den Petitionsausschuss, weil sie die Bescheide nicht verstehen.“ Das habe auch der Bürgerbeauftragte bereits kritisiert. „Warum ändern Sie nichts in der Ansprache?“

Ja, die Zahl der Petitionen sei deutlich gestiegen. Daraus lasse sich aber nicht schlussfolgern, dass die Probleme im Land zugenommen hätten, widersprach **Dirk Stamer** (SPD). „Wenn man die Massenpetitionen jeweils als eine zählte, käme man auf 384 eingereichte Petitionen, was ungefähr dem Wert von 2015 entspricht.“ Sehr wohl könne man aus den Zahlen dagegen ablesen, dass

deutlich mehr Menschen ihr Petitionsrecht wahrgenommen haben. Diese Beteiligung an demokratischen Prozessen freue ihn sehr. Denn: „Mitmachen ist das Stichwort für eine funktionierende Gesellschaft und unbedingt notwendig.“ Er betonte, dass jede Petition gründlich geprüft und „niemals leichthin abgetan“ werde. „Die Menschen müssen spüren, dass ihre Stimme wichtig ist und auch gehört wird. Der Petitionsausschuss trägt aus meiner Sicht hierzu seinen Teil bei.“

Eva-Maria Kröger (DIE LINKE) fokussierte sich auf die Beschwerden über lange Gerichtsverfahren. „Die Bearbeitungszeiträume haben teilweise abstruse Dimensionen angenommen“: bei Verwaltungsgerichten durchschnittlich 18,5 Monate, bei Sozialgerichten 21,8 Monate und am Landessozialgericht 27,8 Monate. Damit gehöre Mecklenburg-Vorpommern zu den Bundesländern mit den längsten Verfahren. „Neben der Verzweiflung, die wir aus den Petitionen oft herauslesen können, muss ich Ihnen wohl nicht erklären, wie groß der Vertrauensverlust, die Ohnmacht und der daraus resultierende Frust auf den Staat und ‚die da oben‘ sind.“ Die langen Verfahren mit hohen Krankheitsständen oder fehlendem Personal zu begründen und auf fehlende Haushaltsmittel zu verweisen, sei für sie nicht hinnehmbar. Vor diesem Hintergrund gehöre die Gerichtsstrukturreform einmal mehr auf den Prüfstand.

Das Bild allgemeiner Überheblichkeit gegenüber den Petenten könne er so nicht stehen lassen, meldete sich **Manfred Dachner** noch einmal zu Wort. Der Ausschussvorsitzende gab Karen Larisch recht, dass behördliche Schreiben manchmal schwer verständlich seien. Petitionen pauschal darauf zurückzuführen, greife jedoch viel zu kurz. Ebenso die Schlussfolgerung, deren Anzahl spiegele die Unzufriedenheit der Menschen wider. Diejenigen, die sich an den Petitionsausschuss wenden, nehmen vielmehr ihr Grundrecht wahr, ihre Meinung zu sagen. Das sei ermutigend und alles andere als ein Zeichen für Politikverdrossenheit.

*Tätigkeitsbericht Petitionsausschuss
Drucksache 7/436*

Quoren bleiben unverändert

Anforderungen an Volksbegehren und Volksentscheide werden nicht weiter gesenkt

■ **Sind die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide zu hoch? Darüber debattieren die Fraktionen im Landtag in nahezu jeder Legislaturperiode. Diesmal brachte die AfD-Fraktion das Thema ins Gespräch. Ihr gehen die Änderungen aus dem vergangenen Jahr nicht weit genug. Sie forderte, die Mindestzahl der Unterschriften für ein Volksbegehren noch einmal abzusenken: von 100.000 auf 40.000. Das Zustimmungsquorum beim Volksentscheid – derzeit liegt es bei einem Viertel der Wahlberechtigten – sollte den AfD-Plänen nach gänzlich wegfallen. Für den Erfolg wäre dann allein eine mehrheitliche Zustimmung ausschlaggebend. Die erste Lesung des Gesetzentwurfs machte deutlich: Dafür wird es im Landtag keine Mehrheit geben.**

Mit den bisherigen Regelungen sei das verfassungsgemäße Recht auf Volksgesetze „praktisch tot“, begründete **Dr. Matthias Manthei** (AfD) den Gesetzentwurf. „Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern seit 22 Jahren kein einziges Volksgesetz.“ Den Grund dafür sieht er in den hohen Anforderungen, die dafür nötig seien. Anders als die „willkürlich festgelegten“ 100.000 Unterschriften ergebe sich die vorgeschlagene Zahl seiner Fraktion aus der letzten Landtagswahl: Sie entspreche etwa fünf Prozent der Wählerstimmen – so viele, wie es auch brauche, um in den Landtag einzuziehen. Mit dieser Hürde bräuchte ein Volksentscheid nach Ansicht der AfD auch kein Quorum mehr. Diese Mindestzustimmungsquote sei, das habe die Abstimmung zur Gerichtsstrukturreform gezeigt, ein Demokratiekiller, so Manthei. „Wenn Sie wollen, dass unsere Landesverfassung mit Leben gefüllt wird, sollten Sie unseren Gesetzentwurf unterstützen“, warb er um eine Überweisung in den Rechtsausschuss.

„Aus meiner Sicht bedarf es keiner Überweisung“, erwiderte Justizministerin **Katy Hoffmeister**. „Der Landtag ist die Stätte der politischen Willensbildung.“ Die unmittelbare Demokratie komme ergänzend hinzu und habe zu Recht Hürden. Andernfalls könnten die Interessen einzelner mehr Gewicht bekommen als der Mehrheitswille. Dass es hierzulande bislang keinen erfolgreichen Volksentscheid gegeben habe, könne kein Argument dafür sein, die Anforderungen „ständig und so lange“ zu senken, bis eine solche Abstimmung Erfolg habe. Das derzeitige Quorum von 100.000 Unterschriften für ein Volksbegehren entspreche, bezogen auf die Landtagswahl 2016, einem Anteil von 7,5 Prozent der Wahlberechtigten. Damit liege Mecklenburg-Vorpommern im bundesweiten Mittelfeld. Die Pläne der AfD würden diesen Anteil auf fünf Prozent der Wähler beziehungsweise drei Prozent der Wahlberechtigten senken. Dann auch noch das Zustimmungsquorum abzuschaffen, wäre laut einem Bremer Gerichtsurteil „unvereinbar mit dem Demokratieprinzip“ und damit verfassungsrechtlich unzulässig, so Hoffmeister.

Dirk Friedriszik (SPD) hält den Gesetzentwurf für einen unseriösen Schnellschuss. Dass ein Volksbegehren oder Volksentscheid keinen Erfolg hat, lasse sich nicht per se auf zu hohe Hürden zurückführen. Entscheidend sei vielmehr das Thema, um das es gehe. Auch er betonte den Zweck, den ein Zustimmungsquorum erfülle: „Es soll vermeiden, dass eine kleine Gruppe von Aktivisten ein Gesetz allein infolge der Nichtbeteiligung der großen Mehrheit zustande bringt.“ Er bezweifelte, dass es der AfD tatsächlich um mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie gehe. „Wenn es ihr mit der Verfassungsänderung ernst gewesen wäre, hätte sie vorher das Gespräch mit den anderen Fraktionen gesucht“ und um Kompromisse gerungen. Ihn beschleiche daher der Eindruck, dass es der AfD vielmehr darum gehe, „sich als Interessenverwalter des Volkswillens zu profilieren und Verdrossenheit gegenüber denjenigen zu schüren, die politische Verantwortung tragen“. Einen derart fragwürdigen Gesetzentwurf lehne seine Fraktion ab.

„Ich halte mehr Volksabstimmung nicht für fragwürdig“, entgegnete **Leif-Erik Holm**. Der AfD-Fraktionsvorsitzende lenkte den Blick zu den Schweizern. „Die stimmen wie selbstverständlich immer wieder über Fragen ab, die sie selbst auf die Tagesordnung gesetzt haben. Und das Ganze funktioniert.“ Dabei sei es keineswegs so, dass die Forderungen nach den größten Geschenken immer durchkämen, wie die Ablehnung des bedingungslosen Grundeinkommens zeige. Die Schweizer seien nämlich ziemlich klug – und die Menschen hierzulande „keineswegs blöder“. Die direkte Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern bezeichnete Holm als „Mogelpackung“, die letzte Reform als „Scheinreform“, die nur den Rückgang der Bevölkerung ausgleiche und nun auch noch eine zeitliche Hürde von fünf Monaten enthalte. Friedrichs Vorwurf, im Vorfeld kein Gespräch mit den anderen Fraktionen gesucht zu haben, wies er zurück. „Wozu sind denn die Ausschüsse da?“

„Der Vergleich mit den Schweizern hinkt“, sagte **Sebastian Ehlers** (CDU). Deren System lasse sich nicht einfach auf die repräsentative Demokratie in Deutschland übertragen. Die unterschwelligen AfD-Vorwürfe, diese bilde den Bürgerwillen nicht ab, seien „völliger Quatsch“, schließlich sei der Landtag in seiner Zusammensetzung nicht „irgendwo vom Himmel gefallen“. „Die Verfassung ist ein hohes Gut und die verändert man nicht jedes Jahr, so wie man lustig ist.“ Die Wahlbeteiligung aus der vergangenen Landtagswahl zum Maßstab für ein Quorum zu machen – das sei willkürlich. „Die kann sich jedes Mal wieder ändern.“ Den Zeitraum für die Unterschriftensammlung auf fünf Monate zu begrenzen, finde er angemessen. „Es kann doch nicht angehen, dass man jetzt anfängt zu sammeln und in fünf Jahren wieder um die Ecke kommt.“ Von einer Schwächung der direkten Demokratie könne keine Rede sein, so Ehlers. Im Gegenteil. Schließlich sehe der Koalitionsvertrag auch noch die Einführung von Volksbefragungen vor.

Mehr Demokratie – dagegen hat auch DIE LINKE nichts einzuwenden. Die von der AfD vorgeschlagenen Quoren hielt **Jacqueline Bernhardt** aber nicht für

zielführend. Der Maßstab dürfe nicht sein, wie viele Menschen wählen gehen, sondern wahlberechtigt seien. „Ansonsten entscheiden Nichtwähler darüber, wie hoch das Quorum beim nächsten Volksbegehren ist. Das kann so nicht richtig sein.“ Würde man die 1,3 Millionen Landtagswahlberechtigten zugrunde legen, käme man mit fünf Prozent auf ein Quorum von 65.000 Unterschriften. „Ein Bereich, den wir bereits in der 5. Legislaturperiode gefordert haben.“ Dem Gesetzentwurf fehle es zudem an begleitenden Bestimmungen, die zum Beispiel die Regierung zu einer Informationskampagne verpflichten. „Weshalb wir meinen, dass es sich hier um reinen Populismus handelt.“ Ihre Fraktion werde aus parlamentarischer Gepflogenheit aber trotzdem einer Überweisung in den Ausschuss zustimmen, kündigte Bernhardt an.

Der Antrag auf Überweisung in den Rechtsausschuss fand keine Mehrheit. Entsprechend der Geschäftsordnung wird der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt.

*Gesetzentwurf AfD
Drucksache 7/539*

Weitere Beschlüsse

Prozessbegleitung

■ Werden Erwachsene Opfer von Gewalt- und Sexualverbrechen, haben auch sie künftig Anspruch auf einen geschulten Prozessbegleiter. Das sehen Änderungen im Gesetz zur psychosozialen Prozessbegleitung vor. Psychosoziale Prozessbegleitung ist eine besonders intensive Form der Begleitung vor, während und nach der Hauptverhandlung. 2010 hatte die damalige Justizministerin Uta-Maria Kuder ein Begleitmodell für Kinder und Jugendliche eingeführt, mit dem Mecklenburg-Vorpommern bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Aus diesem Projekt ist ein bundesweiter Rechtsanspruch auf Prozessbegleitung gewor-

den. Dem mussten die Landesbestimmungen nun angepasst werden.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/138*

*Beschlussempfehlung Rechtsausschuss
Drucksache 7/569*

Stasi-Kommission

Hatten Abgeordnete, die jetzt im Landtag sitzen, früher einmal Stasi-Kontakte? Dieser Frage geht auf Antrag die Stasi-Überprüfungskommission nach. Ihre drei Mitglieder dürfen weder dem Landtag noch der Landesregierung angehören. Für die aktuelle Wahlperiode hat der Landtag einstimmig folgende Mitglieder gewählt: Anne Drescher (Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen), Rainer Prachtl (Landtagspräsident a.D.) und Dr. Stefan Mahlburg (Richter). Ihre Aufgabe ist es, zu prüfen, ob Landtagsabgeordnete hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst der DDR tätig waren. Die Überprüfung erfolgt auf freiwilliger Basis. Ohne die Zustimmung des betreffenden Abgeordneten ist sie nur dann möglich, wenn es konkrete Anhaltspunkte dafür gibt und der Rechtsausschuss das mit einer Dreiviertel-Mehrheit feststellt.

*Wahlvorschlag SPD, AfD, CDU, DIE LINKE
Drucksache 7/591*

Straßen- und Wegegesetz

■ Wer in unmittelbarer Umgebung einer Industrieanlage wohnt, hat ein Recht darauf, zu erfahren, welche Gefahren von ihr ausgehen. Das gibt die EU in der Seveso-III-Richtlinie vor. Damit diese umgesetzt werden kann, musste Mecklenburg-Vorpommern sein Straßen- und Wegegesetz anpassen. Ziel ist es, die Rechte der Bevölkerung zu stärken, indem sie zum Beispiel Zugang zu Risikoanalysen hat und am Genehmigungsverfahren beteiligt wird. Ob ein Betrieb unter die neue Störfall-Verordnung fällt, hängt von den im Betrieb vorhandenen gefährlichen Stoffen und deren Menge ab.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/137*

*Beschlussempfehlung
Energieausschuss Drucksache 7/570*



Foto: Landtag M-V

Die BSPC-Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“ bei ihrem Abschluss-Treffen in Mariehamn.

Nachhaltiger Tourismus

Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarier beendet Arbeit

■ Unter Leitung von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider fand nach fast zwei Jahren intensiver Arbeit vom 29. bis 30. Mai auf den Åland-Inseln die abschließende Arbeitsgruppensitzung „Nachhaltiger Tourismus“ der Ostseeparlamentarierkonferenz statt. Der Abschlussbericht soll Anfang September veröffentlicht werden und die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte mit den Ergebnissen präsentieren.

Zu Beginn der Sitzung informierten mehrere Sachverständige über die zahlreichen Entwicklungen im Bereich des nachhaltigen Tourismus, die sich in den letzten Jahren auf den Åland-Inseln vollzogen haben. Im Zentrum dieser Veränderungen steht eine Nachhaltigkeits- und Entwicklungsagenda mit sieben strategischen Zielen, die Camilla Gunell, stellvertretende Premierministerin von Åland, vorstellte. Vor Ort lernten die Arbeitsgruppenmitglieder zwei konkrete touristische Projekte kennen, die nachhaltige und naturnahe Angebote bereithalten.

„In unserer abschließenden Sitzung haben wir elf konkrete Handlungsempfehlungen an die Regierungen

der Mitgliedsstaaten und -regionen der Ostseeparlamentarierkonferenz erarbeitet“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. Das Thema sei hochaktuell, zumal die Vereinten Nationen das Jahr 2017 als offizielles Jahr für Nachhaltigen Tourismus ausgerufen haben. „Wir nutzen unsere Arbeit, um mit den Empfehlungen einen Beitrag zu leisten, der den nachhaltigen Tourismus in der gesamten Ostseeregion stärken und damit auch unser Land noch bekannter machen wird“, so Bretschneider.

Zur Bedeutung der EU für M-V

Innen-, Europa- und Rechtspolitikern informierten sich in Brüssel

■ Europapolitik hat maßgeblichen Einfluss auf Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb ermöglicht der Landtag seinen Fachausschüssen, sich in Brüssel mit Gesprächspartnern auf EU-Ebene über für das Land bedeutsame Themen zu informieren sowie den Brüsseler Institutionen die Landesinteressen nahezubringen. Dies taten der Innen- und Europaausschuss und der auch für internationale Angelegenheiten zuständige Rechtsausschuss bei einer gemeinsamen Informationsfahrt vom 7. bis 9. Juni.

Zunächst informierten sich die Ausschüsse über die Arbeit des EU-Informationsbüros des Landes in Brüssel. Gelegenheit vor allem für die Parlaments-Neulinge, Einblick in die Funktionsweise der europäischen Gremien zu gewinnen und die unterschiedlichen Interessenvertreter in Brüssel zu überblicken.

Bei den Gesprächen mit dem Ständigen Vertreter Deutschlands bei der NATO und dem Direktor der Generaldirektion Migration und Inneres stand die Migrationspolitik im Fokus, die Sicherung der Außengrenzen, die Wiederherstellung der Freizügigkeit im Schengen-Raum und eine faire Verteilung der Flüchtlinge in den EU-Mitgliedsstaaten.

Weitere Themen des Brüssel-Besuchs waren der europäische Verbraucherschutz, die EU-Datenschutz-Grundverordnung, die Kooperation der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Drogenhandel, Cyberkriminalität und Menschenhandel und die Korruptionsbekämpfung. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Philipp da Cunha, verwies auf das Spannungsverhältnis zwischen bürokratischen Anforderungen zur Sicherung einer möglichst korruptionsfreien EU-Förderung einerseits und den verständlichen Wünschen der Akteure, möglichst unbürokratisch Hilfen zu erhalten. Hier gelte es, eine praxisnahe Balance zu finden.

Europäische Kulturrouten verbinden

XV. Parlamentsforum
Südliche Ostsee in Stettin

Die Jahreskonferenz des „Parlamentsforums Südliche Ostsee“ stand unter dem Thema „Europäische Kulturrouten im südlichen Ostseeraum – Entwicklung, Einrichtung und öffentlichkeitswirksame Förderung in Europa und in der Welt“. Abgeordnete und Experten aus acht Ostsee-Anrainerstaaten stellten vorhandene und geplante Kulturrouten vor und tauschten sich darüber aus, wie Kultur- und Themenrouten den Tourismus fördern und zur Weiterentwicklung nachhaltiger Tourismuskonzepte beitragen können. In einem parallelen Jugendforum wirkten Jugendliche und junge Erwachsene aus den beteiligten Regionen an der Konferenz mit.

Der Tourismus sei für Mecklenburg-Vorpommern ein sehr wichtiger und erfolgreicher Wirtschaftsfaktor, erklärte Johannes Volkmar, Leiter des Bereiches Ostseekooperation im Tourismusverband M-V (TMV), im Rahmen der Konferenz. Allerdings kämen die meisten Besucher nicht wegen der Kultur, obwohl Mecklenburg-Vorpommern viele attraktive Veranstaltungen und Sehenswürdigkeiten zu bieten habe. Derzeit stehe der Bade- und Aktivurlaub im Mittelpunkt. Der TMV versuche durch besondere Marketingstrategien und durch Kooperation mit verschiedenen Institu-



Die Delegation des Landtages in Stettin: v.l. Nikolaus Kramer, Dirk Friedriszik, Vizepräsidentin Beate Schlupp (Delegationsleiterin), Enrico Komning.

tionen, den Kulturtourismus zu stärken. Internationalisierung sei auch ein wichtiges Ziel für den Kulturtourismus in Mecklenburg-Vorpommern. Hierzu sei eine noch stärkere Kooperation in der Region notwendig, betonte Volkmar. Themenrouten besäßen großes Potenzial für den Kulturtourismus. Beispielsweise könne das Thema „Hanse“ weiter aktiviert werden.

Auch MV-Delegationsleiterin, Landtags-Vizepräsidentin **Beate Schlupp**, sieht in der Entwicklung und Verbesserung von Europäische Kulturrouten eine wichtige Möglichkeit für die grenzüberschreitende Kooperation und die regionale Wirtschaft. Im Anschluss an die Konferenz zog sie ein positives Fazit: „Es ist immer wieder beeindruckend, wie Regionen, die in bestimmten Bereichen auch Wettbewerber sind, sich an einem Tisch auf gemeinsame Forderungen verständigen können“, sagte sie. Gerade im Bereich der Kulturrouten gehe es nur grenzüberschreitend, wenn die Routen wirklich attraktiv sein sollen. „Wir haben

im Rahmen der Verhandlungen die für uns als Tourismusland wichtigen Punkte in die Resolution einbauen können“, zeigte sich Schlupp zufrieden. „Mit dem Jahr 2018 als Europäischem Jahr des kulturellen Erbes und 2017 als Jahr des nachhaltigen Tourismus habe wir die besten Voraussetzungen, unser schönes Mecklenburg-Vorpommern noch bekannter zu machen – nicht nur für Badeurlaub, sondern auch für Kulturtourismus“, so Schlupp.

Ein besonderer Schwerpunkt dieser Jahreskonferenz war die Einbeziehung Jugendlicher und junger Erwachsener aus den beteiligten Regionen in einem parallelen Jugendforum. Die dort erarbeiteten Forderungen wurden von den Abgeordneten in die Resolution aufgenommen.

„The Voice of Youth“

Jugendliche aus den Ostsee-Regionen arbeiteten an der Resolution mit

Parallel zum Forum erarbeiteten Jugendliche aus den teilnehmenden Regionen eigene Standpunkte, die in die PSO-Resolution einfließen. Besonders wichtig ist ihnen die Erhaltung der grenzüberschreitenden Mobilität, da sie die Reisefreiheit besonders intensiv nutzen.

Jede Region konnte drei Jugendliche entsenden. In gemischten Gruppen er-

Parlamentsforum Südliche Ostsee

Die Jahreskonferenz des XV. PSO fand vom 28. bis 30. Mai in Stettin statt. Der Einladung des Sejmijs der Woiwodschaft Westpommern folgten neben dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern Delegationen aus Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg, der Woiwodschaft Pommern, der Duma des Kaliningrader Oblast und der Woiwodschaft Ermland-Masuren.

Als Beobachter waren dabei Vertreter der schwedischen Region Schonen sowie erstmals der litauischen Region rund um Klaipėda. Auch Vertreter der Partnerorganisationen im Ostseeraum – der kommunalen Ebene BSSSC, des Ostseerates der Regierungen CBSS und der Ostseeparlamentarierkonferenz BSPC – trugen zum Gelingen der Konferenz bei.



Foto: privat

Für die Teilnehmenden war das Jugendforum eine große Chance, sich politisch in die grenzüberschreitende Kooperation einzubringen und zugleich Kontakte zu Gleichaltrigen aus anderen Ostsee-Anrainerstaaten zu knüpfen.

hielten die Jugendvertreter zunächst Einführungen zu den Themen Region Südliche Ostsee, Jugendpolitik, Unternehmertum und Kulturrouten. Jede Gruppe erarbeitete einen Punkt, der aus ihrer Sicht in der Resolution ergänzt oder hervorgehoben werden sollte. „Es zeigte sich bald, dass alle Aufgaben aufeinander aufbauten und so in kleinen Schritten zu immer klareren Vorstellungen führten, wo das gemeinsame Interesse der Gruppe lag“, kommentierte ein Teilnehmer die Gruppenarbeit. Anschließend wurden im Plenum alle Punkte besprochen und abgestimmt. Am Montag bestand die Aufgabe darin, ein für die Umsetzung der Punkte geeignetes Produkt zu entwickeln. Jede Gruppe suchte sich einen der drei Punkte aus und erarbeitete ein Adressatenprofil und das entsprechende Produkt. Die Ergebnisse wurden gegenseitig vorgestellt und final in eine Power-Point-Präsentation eingebaut. Drei der Jugendlichen stellten am Ende der Forumssitzung am Dienstag den Vertretern des Parlamentsforums Südliche Ostsee die Ergebnisse und Erlebnisse des Jugendforums vor. Das parallel stattfindende Jugendforum war für die Jugendlichen in vielerlei Hinsicht eine besondere und prägende Erfahrung: Neben der politischen Komponente hinsichtlich der Resolution waren die Tage von ständigem Austausch

und vielen Anregungen geprägt. Den Jugendlichen wurde umso mehr bewusst, wie wichtig erfolgreiche Kommunikation, Zusammenarbeit und der Mut, sich auch mal außerhalb der gesellschaftlichen Rahmen zu bewegen, sind. Gleichzeitig bemerkten sie, dass selbst politisch Interessierte sich häufig noch zu wenig über den eigenen Horizont hinaus mit den Problemen, Sorgen und Ambitionen ihrer Partner und Nachbarn beschäftigten. Auch die Vertreter des Forums profitierten von der Arbeit des Jugendforums. Sie bekamen die kostbare Möglichkeit, Anregungen und Meinungen der kommenden Generation zu bekommen, die die Zukunft gestalten und das Erbe verwalten soll.

Und wenn man bedenkt, welche Erkenntnisse die Jugendlichen über die bloße Arbeit hinaus mitnahmen, dann wird einem der Wert einer solchen Veranstaltung wirklich bewusst und der Blick in die Zukunft ein Stück weit angenehmer. Oder wie es der Teilnehmer Martin formulierte: „Alle brachten den Gedanken zum Ausdruck, dass Kooperation bei ausreichender Ehrlichkeit, Zeit zum Diskutieren und gutem Willen auch dann über Sprach- und Ländergrenzen hinweg gelingen kann, wenn es grundsätzlich unterschiedliche Ansichten zu etwas gibt.“

Christian Winter

FSJler im Landtag und Teilnehmer am Jugendforum

Folgende Punkte des Jugendforums flossen in die Abschlussresolution ein:

- Maßnahmen sollen ergriffen werden, um das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Bedeutung der Kulturrouten für die internationale Zusammenarbeit zu stärken, weil solche Routen Völker einander näherbringen und neue Möglichkeiten für Akteure und lokale Gemeinschaften schaffen.
- Die wesentliche Rolle des Dialogs zur Sicherstellung der grenzüberschreitenden Mobilität ist zu betonen, insbesondere für junge Menschen, die die Reisefreiheit besonders intensiv nutzen.
- Entsprechend dem Wunsch des Jugendforums sollte diese Resolution öffentlich verbreitet werden, damit die wesentlichen Botschaften insbesondere den jungen Unternehmern, den Menschen an den Europäischen Kulturrouten und den dafür verantwortlichen Personen bekannt werden.

Erzieher- ausbildung

Öffentliche Anhörung im
Sozialausschuss zur Änderung
des Kita-Gesetzes

■ Am 5. April hatte der Landtag den Gesetzentwurf der SPD/CDU-Koalition zur Änderung des Kita-Gesetzes in Erster Lesung behandelt und zur Detailberatung in die Ausschüsse überwiesen. Der Sozialausschuss führte hierzu am 10. Mai eine öffentliche Anhörung durch. Zentrales Thema dabei war die im Gesetzentwurf vorgesehene Einführung einer „Praxisintegrierten Ausbildung“. Diese duale Ausbildung mit dem Abschluss „Staatlich geprüfte Fachkraft für Kindertageseinrichtungen“ soll im Gegensatz zu staatlich anerkannten Erziehern nur drei Jahre dauern und dem Fachkräftemangel in den Kitas entgegenwirken. Zur Anhörung waren Vertreter von elf Vereinen, Verbänden und Institutionen eingeladen.

Matthias Köpp (Landkreistag M-V) begrüßte, dass die zukünftige Absicherung des Fachkräftebedarfs einen wichtigen Platz im Gesetzesentwurf einnehme. Die duale dreijährige Ausbildung ermögliche einen stärkeren Praxisbezug bei einer kürzeren Ausbildungsdauer. Ungeregt sei jedoch die Situation der Ausbilder. Die notwendige Fort- und Weiterbildung, deren zeitlichen Rahmenbedingungen und die Vergütung bedürften weiterer Überlegungen. Die Anrechnung der Assistenzkräfte auf den Fachkräfteschlüssel lehne der Landkreistag M-V ab.

Auch **Steffen Bockhahn**, Sozialsenator der Hansestadt Rostock, begrüßte die Bemühungen, die Ausbildung in diesem Bereich attraktiver zu gestalten. Die Anrechnung der Auszubildenden mit 0,4 Fachkraftstellen hält er jedoch für realitätsfern. Das hätte die Vergrößerung der Kindergruppen und die Verlagerung der Kosten zu den Eltern und den Kommunen zur Folge. Zudem setze eine duale Ausbildung auch stets eine gute fachliche Anleitung voraus.



Um dem Erziehermangel in den Kitas entgegenzuwirken, soll ein neuer, dualer Ausbildungsgang zum „Staatlich anerkannter Erzieher für 0- bis 10-Jährige“ eingerichtet werden. Foto: Jens Büttner

Da auch in den Bereichen der Hilfen zur Erziehung sowie der Jugend- und Schulsozialarbeit ein vermehrter Fachkräftebedarf bestehe, sei außerdem dringend geboten, die Fachkräfte aus der dualen Ausbildung berufsbegleitend weiterqualifizieren zu können zu Staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern.

Laut **Andreas Wellmann** (Städte- und Gemeindetag M-V) komme das Land

mit der Gesetzesnovelle einer langjährigen Forderung seines Verbandes nach einer Reform der Erzieherausbildung im Kita-Bereich nach. Jedoch sei bedauerlich, dass der Gesetzentwurf nicht durch die Landesregierung, sondern durch die Koalitionsfraktionen eingebracht wurde. Damit sei die Verbandsanhörung umgangen und eine Chance zur Verbesserung des Gesetzesentwurfes schon vor dem parlamentarischen Verfahren vertan worden.

Sozialausschuss empfiehlt Zustimmung zur neuen Erzieherausbildung

Am 28. Juni beriet der Sozialausschuss abschließend zur Änderung des Kita-Gesetzes, insbesondere zur der geplanten dualen Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertageseinrichtungen. In Auswertung der öffentlichen Anhörung wird der mit dem neuen Ausbildungsgang zu erwerbende Abschluss umbenannt in „Staatlich anerkannter Erzieher für 0- bis 10-Jährige“. Außerdem werden zusätzliche Anforderungen für die Qualifikation der Fachkräfte gesetzlich verankert. Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, dem entsprechend geänderten Kita-Gesetz zuzustimmen.

*Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 7/815*

Die vorgesehene Regelung, Auszubildende mit einem Stellenanteil von 40 Prozent einer Fachkraft anzurechnen, habe verbandsintern zu großen Diskussionen geführt. Hier seien flexiblere Regelungen, etwa mit einem sukzessiv steigenden Anteil, das bessere Modell.

Landespastor Martin Scriba (LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in M-V) mahnte, dass der Fachkräftemangel in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur drohe, sondern längst Realität sei. Es wäre besser gewesen, wenn die Politik auf diese Entwicklung früher reagiert hätte. Dadurch wäre allen eine Gesetzgebung im Schnellverfahren erspart geblieben. Auch er plädierte für eine berufsbegleitende Qualifizierung zur Staatlich anerkannten Erzieherin bzw. Erzieher. Er kritisierte die geplante Anrechnung der Auszubildenden auf den Stellenanteil einer Fachkraft. Damit würde aus den finanziellen Mitteln, die für die Fachkräfte zur Verfügung stünden, Ausbildung bezahlt.

Dass Assistenzkräfte unter Anleitung künftig die gleichen Aufgaben übernehmen könnten wie Fachkräfte, bringe für die Träger größere Flexibilität, sagte **Peggy Lehm** von der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Ob aber wirklich genug zusätzliche Kräfte für den Erzieherberuf gewonnen werden könnten, sei fraglich. Bereits die Ankündigung der neuen dualen Ausbildung habe zu einem Rückgang der Bewerbungen für die klassische schulische Erzieher-Ausbildung geführt.

Kerstin Liebich (Landesverband M-V der Volkssolidarität) sieht in der neuen dualen Ausbildung auch eine Chance für Quereinsteiger. Gleichwohl müssten gerechte Rahmenbedingungen in allen Ausbildungsgängen geschaffen werden, sonst gebe es Erzieherinnen und Erzieher erster und zweiter Klasse. Sie empfahl, den Modellversuch sehr eng und zeitnah zu begleiten. Effekte, gewollte und ungewollte, seien dann rechtzeitig erkennbar.

Die vorgesehene praktische Ausbildung mit Vergütung biete den Trägern die Chance, die Auszubildenden langfristig auf die Praxis vorzubereiten, sagte **Sven Klüsener** (AWO-Sozialverband Rostock

gGmbH). Er unterstützte die Forderung, die Weiterbildung zum Staatlich anerkannten Erzieher zu ermöglichen. Das sei nicht nur wichtig für die bundesweite, sondern auch für die trägerinterne Anerkennung und den flexiblen Einsatz der Fachkräfte.

Ihre Einrichtung verfüge sowohl über die fachlichen Voraussetzungen als auch über die Kapazitäten, um mindestens 25 Ausbildungsplätze für die neue duale Ausbildung vorzuhalten, sagte **Heike Harder** von der Diakonischen Bildungszentrum Mecklenburg-Vorpommern gGmbH. Die Voraussetzungen dafür müssten jedoch im Schulgesetz geschaffen werden. Sollte der darin für die berufsbegleitende Ausbildung vorgesehene Finanzhilfesatz auch für die Praxisintegrierte Ausbildung angewandt werden, bedeute dies das Aus für die freien Schulen, da der Unterrichtsanteil in der Praxisintegrierten Ausbildung wesentlich höher sei.

Die KiföG-Novelle verfolge vor allem das Ziel, möglichst ohne zusätzliche Kosten mehr Personal für die Kitas zu gewinnen, kritisierte **Dr. Dr. Barb Neumann** vom Landesverband Deutscher Privatschulen. Das werde nur mit Qualitätsverlust möglich sein. Es sei besser, etwa wie in Baden-Württemberg mit einer vorgeschalteten einjährigen Ausbildung nach insgesamt vier Jahren Ausbildungszeit den Abschluss der Staatlich anerkannten Erzieherin bzw. Erziehers anzustreben.

Prof. Dr. Thomas Kliche von der Hochschule Magdeburg/Stendal unterstützte das neue Ausbildungsmodell. Deutschland stehe bei der Kindertagesbetreuung vor einem enormen Personalbedarf. Bei der Kita-Betreuung sei die Unterversorgung das dominierende Problem, vor allem im ländlichen Bereich. Ein weiterer Aspekt sei das Dilemma der Bildungspolitik. Im Moment bildeten die armen ostdeutschen Länder in großem Umfang Fachpersonal für die reichen westdeutschen Länder aus. Vor diesem Hintergrund sei es für die Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern sogar ein Vorteil, wenn ein Berufsabschluss nicht bundesweit anerkannt werde.

Sommerpause

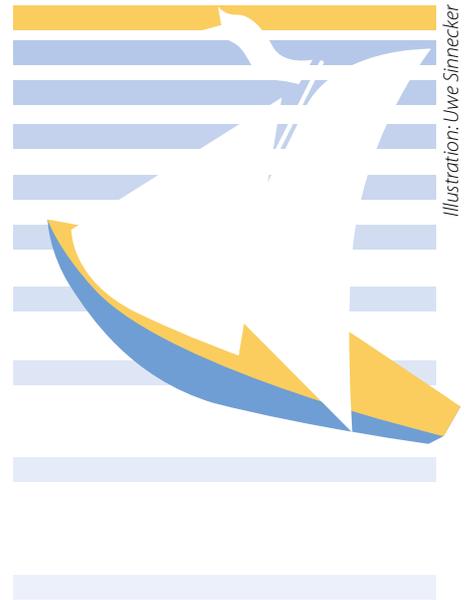


Illustration: Uwe Sinnecker

Die nächste Ausgabe der LandtagsNachrichten erscheint zur ersten Plenarsitzung nach der parlamentarischen Sommerpause am 27. September.

Nachruf

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern gedenkt seines ehemaligen Mitarbeiters Herrn Heinz Bockholdt, der am 13. Juni 2017 verstorben ist. Herr Bockholdt wurde als einer der ersten Mitarbeiter für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern tätig. Er arbeitete vom 16. April 1991 bis zum seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst am 31. März 2005 als Kraftfahrer des Landtages. Herr Bockholdt versah seinen Dienst stets mit großer Freundlichkeit, Aufgeschlossenheit und Dienstleistungsbereitschaft.

Wir trauern um einen sehr geschätzten Kollegen.

Wir werden Herrn Bockholdt stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Sylvia Bretschneider,
Präsidentin des Landtages M-V

Armin Tebben,
Direktor des Landtages M-V



Der Energieausschuss des Landtages beim Treffen mit Vertretern der Rostocker Straßenbahn AG.

Energieaus- schuss vor Ort

Gespräche bei der Rostocker
Straßenbahn AG

■ Am 10. Mai hat sich der Energieausschuss mit Vertretern der Rostocker Straßenbahn AG (RSAG) sowie des Verkehrsverbundes Warnow (VWV) über die Unternehmenssituation ausgetauscht und am Beispiel dieser Stadt-Umlandbeziehung landesweit wichtige Themen des ÖPNV und SPNV erörtert. Dazu gehörten insbesondere das „Mobile Ticketing“ und die „Tarifizierung im Verkehrsverbund“, „Möglichkeiten der verkehrsträgerübergreifenden und E-Mobilität“ sowie das „Gesamt-Energiemanagement“.

Mit mehr als 40 Mio. Fahrgästen im Jahr 2016 verzeichne die RSAG eine erfreuliche Entwicklung, erführen die Abgeordneten. Wesentliches Rückgrat des ÖPNV sei die Straßenbahn, die 70 Prozent der Beförderungsleistung erbringe. Derzeit sei das Unternehmen dabei, weitere Kundenangebote auszuarbeiten und bestehende zu verbessern. Die zukünftige Herausforderung sei die Modernisierung von Straßenbahnen und Bussen unter Berücksichtigung klimaschutzpolitischer Erfordernisse. In diesem Zusammenhang erhoffe man sich

vom Land neue Ansätze zur Finanzierung der Modernisierung des Fahrzeugparks sowie von Trassen. Dies könne nicht allein durch die Kunden getragen werden.

Der aus fünf Gesellschaftern bestehende VWV erbringt Dienstleistungen für ca. 420.000 Einwohner in der Stadt-/Umlandregion und befördert derzeit ca. 62 Mio. Fahrgäste im Jahr. Besonders interessant für die Ausschussmitglieder war die Einnahmeverteilung der Tarifentgelte auf der Grundlage von Strecken- und Berechnungsmodellen sowie die Berücksichtigung der Harmonisierungs- und Durchtarifizierungsverluste im VWV. Als zukunftsweisend wurde das Mobile Ticketing beschrieben, das von den Kunden immer stärker eingefordert werde, die Attraktivität des ÖPNV steigern und letztlich auch zu Einspareffekten führen könne. Weiter wurden die Abgeordneten über beispielhafte Pilotvorhaben informiert, Lärm- und Treibhausgas-Emissionen im ÖPNV-Bereich zu reduzieren, und wie die Umstellung des Energiemanagements zu Kosteneinsparungen mit beitragen könne.

Energie-Treff bei der
Stadtwerke Rostock AG

■ Gegenstand des anschließenden Besuchs bei der Stadtwerke Rostock AG war ein strategischer Ausblick des Unternehmens zur Umsetzung der Energiewende.

Das spezielle Interesse der Abgeordneten richtete sich auf die Beteiligung an den sogenannten Landwerken, die Digitalisierung der Energiewirtschaft sowie auf Angebote zur E-Mobilität. Mit einem Masterplan will die Hansestadt Rostock den Energieverbrauch bis 2050 um 50 Prozent senken und die Energieeffizienz um 95 Prozent in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität steigern. Leitgedanken dabei seien Wertschöpfung in der Region, der Ausbau von Energieeffizienz-Dienstleistungen, die Nutzung und Erweiterung der vorhandenen Infrastruktur, die Entlastung des Verteil- und Übertragungsnetzes für Strom, die Erhöhung der Akzeptanz für erneuerbare Energien sowie der Ausbau emissionsarmer Erzeugungstechnologien. In diesem Zusammenhang richte das Unternehmen den Fokus insbesondere auf die Erdgasmobilität, die übergangsweise einen entscheidenden Beitrag zur Verminderung von Treibhausgas-Emissionen leisten könne. Insgesamt wolle man den CO₂-Ausstoß von 9,4 t/Einwohner im Jahr 1990 auf 0,47 t/Einwohner im Jahr 2050 senken. Weitere Akzente wolle man durch die Nutzung von Photovoltaikanlagen, der Tiefen-Geothermie, von Wärmespeichern, Power-to-Heat- und Power-to-Gas-Anlagen sowie von Batteriespeichern setzen.

Die richtige Mischung

Tag der offenen Tür lockte erneut Tausende ins Schweriner Schloss

■ Punkt zehn Uhr gab Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider den Eingang frei – und bis zum Finale um 17 Uhr riss der Besucherstrom nicht ab. Rund 30.000 Menschen – ähnlich viele wie im Vorjahr – nutzten die Chance, sich in den Fraktionen und den Ausschüssen über die Arbeit des Landtages zu informieren, den Plenarsaal und zahlreiche weitere Räume zu besichtigen, Niklot auf seinem weißen Pferd zu besuchen und bis in die goldene Kuppel zu steigen. Besonderer Besuchermagnet war diesmal die Baustelle des neuen Plenarsaals. Auch die Podiumsdiskussionen und die Schaubdebatten im Plenarsaal fanden ein interessiertes Publikum. Viel los war auch im Burggarten, wo sich unter dem Dach der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ zahlreiche Vereine und Verbände präsentierten. Zum Gesamterlebnis Schloss gehörten natürlich auch wieder die Schlosskirche, die Prunkräume des Schlossmuseums, das Landtagsbistro sowie Musik und Unterhaltung – eine bunte Mischung, die ankam!



Foto: Uwe Sinnecker

Fotos: Angelika Lindenbeck



Fotos: Angelika Lindenbeck, Uwe Simmecker, Cornelius Kertler, Landtag M-V



Der Boxclub Traktor Schwerin e.V. war auf der WIR-Vielfaltsmeile dabei.



Der Petitionsausschuss war den ganzen Tag präsent.



Zahlreiche MitarbeiterInnen der Verwaltung trugen zum Erfolg des Tages bei.



Johanna, Sinah, Julius und Johanna sorgten für Information und gute Stimmung.



Die Akteure der Schaudebatte zur Computer-Nutzungszeit für Kinder



Information und Unterhaltung in den vier Landtagsfraktionen



Fotos: Angelika Lindenbeck, Uwe Simmecker, Cornelius Kettler, Landtag M-V



Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp (r.) eröffnete das historische Schlossfest am Sonnabend.



Die Lichtshow "Son et Lumière" verzauberte Tausende.



Foto: Angelika Lindenbeck

Diskutierten zum Thema Welterbe: v.l. Prof. Dr. Marcus Köhler, TU Dresden, Mitglied im Welterbebeirat; Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider; Schwerins Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier; Norbert Rethmann, Vorsitzender des Welterbe-Fördervereins.

Eine Landschaft fürs Welterbe

Podiumsgespräch informierte über den Stand der Schweriner Bewerbung

■ Als die Menschen im 19. Jahrhundert die ersten Dampfboote auf den Schweriner See setzten, ahnten sie nicht, dass das 160 Jahre später das Zünglein an der Weltkulturerbe-Waage werden könnte. Wasser, Boote, Schweriner Welterbe? Dr. Marcus Köhler blickte in so manch überraschtes Gesicht. Geht es nicht eigentlich ums Schloss und sein Residenzensemble? Geht es. Aber eben nicht nur, betonte der Dresdner Professor für Geschichte der Landschaftsarchitektur und Gartendenkmalpflege in einem Podiumsgespräch über die Bewerbung Schwerins als UNESCO-Welterbe.

Prof. Dr. Marcus Köhler ist einer von acht Wissenschaftlern des Schweriner Welterbe-Beirats. Dessen Aufgabe ist es, die Bewerbung wissenschaftlich zu begleiten. Denn dass die Stadt schon auf der offiziellen deutschen Vorschlagsliste steht, sagt noch lange nichts über den abschließenden Erfolg der Bewerbung aus. Die UNESCO fordert Argumente. Stichhaltige Argumente, die die Einzigartigkeit und Authentizität des Schweriner Ensembles belegen. Schlös-

ser, und schöne noch dazu, die gibt es weltweit schließlich zuhauf.

Die Wissenschaftler blicken deshalb auch über die historischen Steine hinaus in die Kulturlandschaft: in Parks, Gärten und auf Gewässer. Diese Kulturlandschaft, also der Raum, in dem sich Schwerin befindet, sei im 19. Jahrhundert neu entdeckt worden, sagte Köhler. „Sie war nicht mehr die Landschaft, in der nur gearbeitet, sondern die jetzt auch erlebt wurde“: die ersten Dampfer stachen in See, Ausflugsstätten entstanden.

Wer Welterbe werden möchte, braucht vor allem eines: Geduld. Immerhin ist es schon 17 Jahre her, seit der Bürgerverein Pro Schwerin die Idee erstmals in die Öffentlichkeit getragen hat. „Da sind ja nicht einfach nur ein paar Blätter Papier zu beschreiben“, betonte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. „Das ist ein sehr komplizierter Prozess“ – und verlangt viel Akribie, wie sich an der inhaltlichen Entwicklung der Bewerbung zeigt: Ursprünglich sollte das Schloss im Mittelpunkt stehen. Dann kam das Residenzensemble dazu und, im Ergebnis vieler Diskussionen und Fachmeinungen, noch die Kulturlandschaft.

Damit konzentriert sich die Bewerbung jetzt auf das Areal zwischen Südufer Burgsee und Nordufer Pfaffenteich. Dazu gehören das Schloss inklusive Burggarten, mehr als 20 einzelne Gebäude und die Insel Kaninchenwerder, sagte Schwerins Oberbürgermeister

Dr. Rico Badenschier. Nicht mit dabei seien auf Anraten von Experten die Schlösser in Wiligrad und Raben Steinfeld. Auch das Schloss Ludwigslust kommt nicht mit infrage: „Es stammt aus einer anderen Epoche.“

Ausgehend von diesen Eckpunkten ist es nun an der Stadt Schwerin, den eigentlichen Antrag zu erstellen. Das übernehmen zwei Wissenschaftler, die sich mit dem 19. Jahrhundert besonders auskennen – ein Experte für Schlösser und ein Experte für Kulturlandschaften. „2019 werden wir den Antrag so fertig haben, dass er ins Englische übersetzt werden kann“, erklärte Badenschier. Im Februar 2021 könnte die Bewerbung bei der deutschen Kultusministerkonferenz eingereicht werden. Dann muss das Welterbe-Komitee sie prüfen. „Abhängig von der Reihenfolge der deutschen Anträge kann mit einer Entscheidung der UNESCO frühestens 2021 gerechnet werden“, ergänzte Landtagspräsidentin Bretschneider.

Einen ersten Eindruck davon, wie sich das Vielleicht-Einmal-Welterbe über die Innenstadt erstreckt, soll demnächst ein großes 3D-Bronzerelief liefern. Das kündigte Norbert Rethmann, Vorsitzender des Schweriner Welterbe-Fördervereins, an. Das Modell soll in Schlossnähe aufgestellt und den Welterbe-Gedanken einmal mehr unter die Leute tragen. „Es geht darum, die Bevölkerung mitzunehmen.“ Dabei müssten, so Sylvia Bretschneider, alle Register gezogen



Nach dem Podiumsgespräch zeichnete der Welterbe-Verein die Gewinner seines Schreib- und Malwettbewerbes aus.

Foto: Angelika Lindenbeck

werden. Dazu gehöre für sie auch eine nächtliche Schlossbeleuchtung. Dank Spenden könne bislang abends zwar ein Bruchteil angeleuchtet werden. „Nichts ist aber schöner, als wenn das Schloss nachts in seiner vollen Pracht erstrahlt.“ Dafür sind im Haushaltsentwurf des Landes für 2018/2019 jährlich 100.000 Euro vorgesehen. Sylvia Bretschneider machte im Podiumsgespräch keinen Hehl daraus, dass Finanzminister Mathias Brodkorb darüber alles andere als begeistert sei, versprach den Zuschauern unter Applaus aber: „Diese Zahl bleibt im Haushalt. Das verkünde ich hier mit aller Deutlichkeit.“

Bei aller Euphorie dürfe eines aber nicht vergessen werden, unterstrich Stadtchef Badenschier: Ein Welterbestatus ist auch eine Verpflichtung. „Wir werden uns damit ein paar Fesseln anlegen, die an der ein oder anderen Stelle die Stadt weniger flexibel machen“, das sei ihm bewusst. Zum Beispiel bei Bauvorhaben. „Auf lange Sicht wird das aber ein Gewinn für die Stadt sein.“

www.welterbe-bewerbung-schwerin.de.

Auf die Plätze, fertig, Endspurt!

Im September wird der neue Plenarsaal eingeweiht

■ Der Bau des neuen Plenarsaals befindet sich auf der Zielgeraden. Wer den „Tag des offenen Landtages“ nutzte, um einen Blick in die Baustelle zu werfen, schaute auf neue, bodentiefe Fenster, ein Fleckchen Parkett und fast fertige Zuschauertribünen. Auch das Halbrund der Abgeordnetenplätze zeichnete sich bereits ab. Ende September, zur ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause, soll der neue Sitzungssaal eingeweiht werden. Das bedeutet auch: Das Podiumsgespräch über seinen Bau war eine der letzten Veranstaltungen im jetzigen Plenarsaal. Im Juli tagt der Landtag dort noch zweimal. Dann ist der Raum als Plenarsaal Geschichte.

„Sind Sie sicher?“ Die Mitarbeiterin der Bauabteilung nickt. Der ältere Herr ist nicht der erste Skeptiker an diesem Tag. Seine Augen blättern sich durch die laminierten Bauphasen in ihren Händen, bleiben an der Grafik vom fertigen Saal hängen, schauen zurück auf die Baustelle. Die Phantasie denkt sich die raumhohen Gerüste weg. Die Plänen, die das Parkett schützen. Rednerpult, Regierungsbank, Präsidium, die Sitze der Abgeordneten – fingerzeigend räumt die Mitarbeiterin den Raum ein. Steht ein Abgeordneter auf, fährt sein Stuhl automatisch wieder ran an den Tisch, sagt sie und versichert gleich darauf dem nächsten Fragenden, dass es gut vorangehe.

Daran lässt einen Raum weiter, im bisherigen Plenarsaal, Marek Sander auch keinen Zweifel. „Alle Arbeiten liegen im Plan“, sagt er im Podiumsgespräch. Und er muss es schließlich wissen: Marek Sander leitet die Baustelle, kennt jeden Winkel darin aus dem Effeff. Das überzeugt auch den älteren Herrn.

Als der Münchner Architekt Tilman Joos vor sieben Jahren von der Ausschrei-



Foto: Angelika Lindenbeck

Um den Bau des neuen Plenarsaals im Schloss ging es bei dem Podiumsgespräch mit Landtagsdirektor Armin Tebben (l.), Architekt Tilman Joos (2.v.l.) und Bauleiter Marek Sander (r.). Der NDR-Journalist Philip Schroeder moderierte.

bung zur Gestaltung eines neuen Plenarsaals erfuhr, überlegte er nicht lange. Die Chance, einen Plenarsaal zu bauen, erhält man schließlich nicht alle Tage. Diesen auch noch in ein altes Schloss zu integrieren, nur einmal im Leben. Sein Entwurf überzeugte die Jury – seit rund vier Jahren arbeiten unzählige Baufirmen und Handwerker daran, seine Ideen vom Papier in den einstigen Goldenen Saal zu übertragen. Jetzt sind die Arbeiten auf der Zielgeraden. Im Juli muss die Technik schon mal probeweise zeigen, was sie kann. Dann dauert es auch nicht mehr lange, bis sich Sachverständige auf den Weg machen und prüfen, ob der Rauchabzug funktioniert, die Rettungswege richtige beschildert sind und alle Sicherheitsvorschriften eingehalten wurden. Ihr Okay ist letztlich die Voraussetzung dafür, dass der neue Plenarsaal nach der Sommerpause im September öffnen kann.

Was die Planer, Bauleiter und Handwerker hier geleistet haben, ist aus Sicht von Landtagsdirektor **Armin Tebben** „ein-

fach Weltklasse“. „Das ist ein Umbau am lebenden Objekt gewesen. Der Landtag hat weitergearbeitet, das Schlossmuseum konnte ohne Einschränkung offen bleiben, auch die Schlossgastronomie, und viele Hochzeiten haben hier weiter stattgefunden. Das ist alles andere als selbstverständlich.“

An vielen Tagen hämmerten, bohrten, sägten und schraubten bis zu 60 Handwerker auf der Baustelle herum. Die historische Bausubstanz und ihre lückenhafte Dokumentation machten es ihnen dabei nicht immer leicht. „Die Mauern sind bis zu 1,50 Meter tief. Da weiß man nie genau, was sich dahinter verbirgt“, so Marek Sander.

In erster Linie dreht sich bei den Bauarbeiten zwar alles um den Plenarsaal. Gebaut wurde aber bis ins Fundament. Denn das Schloss steht auf einem Muddekegel, der sich unter der Last des Gebäudes zusammendrückt. Verändert sich das Lastverhältnis, kann das zu unterschiedlichen Setzungen am Gebäude führen. Deshalb wurden den gut 8.000 Pfählen, die das Schloss tragen,

weitere hinzugefügt. Das Besondere an ihnen: Sie können verstellt werden. „Das Schloss sinkt permanent. Das ist ein ganz natürlicher Prozess. Wären die Pfähle fest, würden sie im Laufe der Zeit weiter rausschauen als der historische Pfahlrost.“ So können sie bei Bedarf jedoch nachjustiert werden, erklärt Tilman Joos.

Allein das lässt erahnen, warum für die Grundsanierung des Schlossgartenflügels inklusive Neubau eines Plenarsaals 26,6 Mio. Euro veranschlagt wurden und die Kosten aktuell bei 30,7 Millionen stehen. Eine Abweichung, die laut Sander bei solch einem großen Projekt nicht ungewöhnlich ist. Der eigentliche Plenarsaal kostet Tebben zufolge 7,5 Millionen Euro. Der Rest verteilt sich zum Beispiel auf ein neues Treppenhaus, einen neuen Aufzug und das Fundament im Schlossgartenflügel. Auch in den bisherigen Plenarsaal wird investiert: Aus ihm werden drei Tagungsräume.

Tebben betont, dass der neue Plenarsaal nicht einfach aus Lust an etwas Neuem entstehe. Hauptgründe seien die schlechte Akustik und Raumaufteilung im bisherigen Saal, dessen baulicher Zustand und veraltete Technik. „Und auch im ehemaligen Festsaal hätten wir nicht nichts tun können.“

Und wie sieht es mit einer feierlichen Eröffnung aus?, will Moderator Philip Schroeder wissen. Die wird es geben, kündigt Tebben an. „Wahrscheinlich vor der ersten Plenarsitzung.“ Dann heißt es für Architekt Tilman Joos und Bauleiter Marek Sander Abschied nehmen von einer Baustelle, die, so sagen beide, in ihrem persönlichen Ranking noch lange auf Platz eins stehen wird.

Foto: Uwe Sinnacker



Yvonne Ben Araar vom Baureferat der Landtagsverwaltung erklärt Besucherinnen und Besuchern den neuen Plenarsaal.



Nicht nur fürs Foto auf Augenhöhe: Jugendliche und Abgeordnete beim Finale von „Jugend fragt nach“ 2017.

Foto: Tobias Packhäuser

Für Beteiligung und Mitsprache

Jugendliche und Senioren im Austausch mit Abgeordneten



Jugend fragt nach

■ „Besonders vor Wahlen, wie jetzt vor der Bundestagswahl, wird VORSORGE großgeschrieben. Die sogenannte „Politikverdrossenheit“ ist nicht nur bei älteren Menschen zu bemerken, sondern auch bei Jugendlichen. Die jungen Menschen, die sich aktuell im Landtag aufhalten, sind davon jedoch nicht betroffen. Bereits in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass es sinnvoll ist, die Einladung zum Dialog anzunehmen, um der Politikverdrossenheit vorzubeugen.“

Dies war in der LANDTAGS-ZEITUNG zu lesen, die anlässlich des Beteiligungsprojektes „Jugend fragt nach“ in einer Sonderausgabe im Schweriner Schloss verteilt wurde. In der Redaktion junge Leute, die mit rund 40 Gleichgesinnten vom 26. bis 29. Juni im Landtag nachfragten, was aus ihrem Jugendregierungsprogramm geworden ist, das sie vor einem Jahr bei „Jugend im Landtag“ erarbeitet und den Abgeordneten präsentiert hatten.

Ja, die Einladung zum Dialog wurde angenommen. Bereits bei der Eröffnung am Montag waren zwölf Abgeordnete von SPD, CDU und DIE LINKE dabei. „Was gibt es Besseres, als über die Zukunft mit denjenigen zu reden, die die Zukunft gestalten werden!“, sagte Sozialausschuss-Vorsitzender **Torsten Koplin** bei der offiziellen Begrüßung. Das dies keine Floskel war, zeigte sich auch bei der Ergebnispräsentation am Mittwoch: trotz paralleler Ausschuss-Beratungen waren vierzehn Parlamentarier dabei und diskutierten mit den Jugendlichen deren Forderungen.

Diese waren zuvor in den drei Workshops erarbeitet worden:

- Europa der Jugend
- Peaceful World?! – Peaceful MV!
- Jugendbeteiligung und kreativer Protest

Zusätzlich gab es die Möglichkeit, in einem Open Space weitere Themen zu diskutieren, wie zum Beispiel Schule und (neue) Medien und eine frühzeitige Erziehung zu Toleranz gegenüber allen Lebensstilen.

Für alle Teilnehmenden waren die Diskussionen mit den Abgeordneten mit am wichtigsten. Klar, dabei ging es auch um das gegenseitige Kennenlernen, um den Meinungs-austausch – aber vor allem um konkrete Ergebnisse und Verabredungen für die Umsetzung von Ideen. Deshalb mussten die Wünsche und Forderungen aus den Workshops zunächst fünf Hürden in Form von Fragen nehmen, die gemeinsam mit den Abgeordneten beantwortet wurden:

1. Ist diese Idee gut für Jugendliche?
2. Ist die Umsetzung rechtlich erlaubt?
3. Finden wir für diese Idee ausreichend Verbündete/Unterstützer?
4. Betrifft diese Idee die Landespolitik?
5. Kann diese Idee finanziert werden?

Ideen und Forderungen, bei denen Jugendliche und Abgeordnete sich nicht bei jeder dieser Fragen auf ein „Ja“ einigen konnten, wurden bei der gemeinsamen Suche nach Umsetzungsmöglichkeiten nicht berücksichtigt.



Fotos Caudia Gaschler, Landtag M-V

Diese Forderungen von Jfn schafften den Sprung „ins Finale“:

- Wählen ab 16
- Umfassende Barrierefreiheit im ÖPNV (auch Überlandbusse, Bahnhöfe etc.)
- mehr Geld für Schulen
- mehr Kulturaustauschveranstaltungen Deutschland – Polen
- mehr Schulausflüge zwischen M-V und Polen
- „Jugend im Landtag“ auf europäische Jugendliche und Europapolitik erweitern
- EU-Workshops in der Schule
- Bessere politische Bildung in der Schule
- Erstellen einer digitalen Interaktiven Beteiligungslandkarte



Junge Leute aus Polen, Syrien und Georgien waren bei „Jugend fragt nach“ dabei.

- Schule und Medien: Alle Schulformen werden gleichberechtigt mit geschultem Personal und Technik ausgestattet.
- gleichwertige (diskriminierungsfreie) Berücksichtigung aller Lebensstile/-modelle im pädagogischen Alltag ab der Kita

In einem zweiten Schritt erarbeiteten die Jugendlichen und Abgeordneten dann gemeinsam konkrete Verabredungen und Umsetzungsideen.

„Ich hatte das Gefühl, ernst genommen zu werden und einen guten Eindruck bekommen zu haben, was in der Macht der PolitikerInnen liegt“, sagte ein Teilnehmer im Rückblick auf Jfn.

Workshop trifft Sozialausschuss

Eine wichtige Forderung von „Jugend im Landtag“ 2016 war die Einrichtung einer Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“. Der Landtag hatte diese Forderung im April debattiert und schließlich mehrheitlich dagegen votiert. Der Wunsch der Jugendlichen nach mehr Gehör in der Landespolitik werde damit keineswegs ignoriert, wurde versichert. Der Sozialausschuss werde in regelmäßigen Abständen Themen der Jugendlichen auf seine Tagesordnung

setzen und hierzu Jugendvertreter anhören. Im Rahmen von „Jugend fragt nach“ lud der Ausschuss deshalb auch den Workshop „Jugendbeteiligung und kreativer Protest“ ein. Die Jugendlichen nutzten die Chance, eine Vielzahl von Themen und Fragen anzusprechen, wie die finanzielle Förderung von Schulen, Mobilität im ländlichen Bereich, Kinderarmut, flächendeckendes schnelles Internet, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Die Argumente für die Ableh-

nung einer Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“ (z. B. zu teuer, Kontinuität der Teilnahme von Jugendlichen sei nicht gewährt) überzeugten die Jugendlichen nicht. Vorsitzender Torsten Koplin versicherte, dass der Ausschuss Jugendvertreter zu seinen Beratungen einladen wird. Der Bericht des Ausschusses soll bei Jfn 2019 präsentiert werden, einen Zwischenbericht stellte er für „Jugend im Landtag“ 2018 in Aussicht.



Nach der erfolgreichen Premiere 2015 trafen sich zum zweiten Mal junge und ältere Menschen, um gemeinsame Ziele zu verabreden und mit Abgeordneten zu diskutieren.

Generationen-Dialog

■ Junge Ideen sind oft auch für Ältere interessant und hilfreich. Und umgekehrt haben auch ältere Menschen tolle Ideen, wie MV für alle Generationen attraktiver werden kann. Deshalb gab es im Anschluss an „Jugend fragt nach“ am 29. Juni zum zweiten Mal einen Generationen-Dialog.

Teilnehmende von „Jfn“ und Vertreterinnen und Vertreter des Altenparlaments haben dabei ihre Ideen und Forderungen verglichen, gemeinsame Forderungen erarbeitet und diese mit Landtagsabgeordneten diskutiert.

Diese Themen standen dabei im Fokus:

- Gesundheit
- Generationengerechtigkeit
- Zusammenleben von Jung und Alt in den Regionen fördern
- Daseinsvorsorge im ländlichen Raum/ (digitale) Mobilität
- Beteiligung an politischen Entscheidungen



Fotos: Claudia Gaschler

Miteinander reden und aufmerksam zuhören – beim Generationen-Dialog klappte das bestens.

Auch hier wurden Verabredungen zur Umsetzung von Ideen und Forderungen getroffen. Eine Idee beispielsweise ist, Telefonzentralen in ländlichen Regionen einzurichten, um freiwillige Hilfe vor Ort für Personen zu organisieren, die Unterstützung oder Hilfe benötigen. In Schulen soll es Projekt-tage zur Prävention von psychischen Erkrankungen geben, auch sollen mehr Partnerschaften zwischen Kitas und Seniorenheimen initiiert werden. Eine

konkrete Verabredung schließlich gibt es für das kommende Jahr: Dann sollen Jugendliche zum Altenparlament eingeladen werden, um dort die Forderungen von „Jugend fragt nach“ und dem Generationen-Dialog 2017 zu präsentieren.

Einen Film zum Projekt gibt es auf dem YouTube-Kanal des Landtages www.Landtag-mv.de



Nicht wegschauen, wenn Unrecht geschieht!

Schülerinnen und Schüler aus Stavenhagen trafen die Holocaust-Überlebende Batsheva Dagan



■ „Ich bin beeindruckt von diesen Schülern“, schwärmt Batsheva Dagan nach dem zweitägigen Ravensbrück-Projekt von den Elftklässlern der Reuterstädter Gesamtschule Stavenhagen. Zutiefst beeindruckt sind auch die Jugendlichen, die der Landtag Mitte Mai zu seinen Begegnungstagen in die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück eingeladen hatte. Vor allem von Batsheva Dagan, die trotz ihres schweren Schicksals herzlich lachen kann und ihnen Zuneigung und Vertrauen entgegenbringt.

„Liebe Frau Dagan, ich bin sehr gerührt von Ihrer positiven Ausstrahlung und Ihrer Lebensfreude“, schreibt Kim nach den zwei erlebnisreichen Tagen und spricht damit wohl allen ihren Mitschülern aus dem Herzen. Alle sind ergriffen von der Lebensgeschichte der zarten Frau, die, weil sie Jüdin ist, nach der schlimmen Zeit im Ghetto von Radom und Zwangsarbeit bei einer Nazi-Familie in Schwerin als 17-Jährige verhaftet und schließlich nach Auschwitz deportiert wurde. Die ihre Eltern und fast alle ihrer acht Geschwister verloren hat, die unvorstellbaren Qualen und Demütigungen,

Hunger und Krankheit ausgesetzt war und die dennoch ihren Lebenswillen nie verloren hat.

„Am schlimmsten war es, in ständiger Angst zu leben“, sagt Batsheva Dagan den Schülern. Dass sie überlebte, dankt sie vielen glücklichen Zufällen – und ihrem unbändigen Willen zu leben und der Welt zu erzählen. Von einer Mitgefangenen lernt sie in Auschwitz sogar Französisch. „Ich wollte etwas für meine Seele tun“, erklärt sie, „etwas, was ich selbst entschieden habe.“ So ist denn auch ihre wichtigste Botschaft an die Schülerinnen und Schüler: Jeder

Meinungen

■ *Wir haben immer eine Wahl. Das, was ich im Kopf habe, kann mir niemand nehmen. Dazu gehören Dinge wie Bildung, Wissen und Fertigkeiten, aber vor allem Eigenschaften wie Mut, Wille und Durchhaltevermögen. Das werde ich stärker versuchen zu leben und an alle Menschen, die mir begegnen, weitergeben.*
Christian

■ *Ich nehme für mein Leben auf jeden Fall mit, dass man zu seiner Meinung stehen muss! Frau Dagan, Sie sind eine sehr starke, beeindruckende und inspirierende Frau und ich hoffe, dass ich, wenn es darauf ankommt, wenigstens die Hälfte Ihres Mutes und Ihrer Stärke aufbringen kann.*

Helene

■ *Ich habe in diesen zwei Tagen gelernt, dass wir immer eine Alternative haben und wir für unser Handeln selber verantwortlich sind.*
Johann

■ *Ich bewundere Sie sehr dafür, dass Sie niemals aufgegeben haben und dass Sie uns gelehrt haben, dass man immer eine Wahl im Leben hat.*
Sarah



Foto: Landtag M-V

Von der Begegnung mit der Holocaust-Überlebenden Batsheva Dagan werden die Schüler aus Stavenhagen viel mehr mitnehmen als dieses Gruppenfoto.



Mensch ist verantwortlich für das, was er tut. „Man hat immer eine Wahl“, sagt sie mit Nachdruck.

Auch Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider bestärkt die Jugendlichen darin, sich für Humanismus, Demokratie und Toleranz einzusetzen und nicht blind Ewiggestrigen hinterherzulaufen. „Ihr seid nicht schuld an den Nazi-Verbrechen“, betont sie. „Aber ihr tragt Verantwortung dafür, was heute und in Zukunft geschieht.“

Das Heute steht am zweiten Projekttag besonders im Fokus. Die Schülerinnen und Schüler diskutieren über viele

aktuelle Themen: Flüchtlingspolitik, Willkommenskultur, Rassismus, Ausgrenzung und Mobbing, Zivilcourage, Europa, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, Fake-News, Chancen und Gefahren der sozialen Medien, politische Beteiligung für Jugendliche und Erinnerungskultur. Mit am Tisch sitzen dabei neben Sylvia Bretschneider, Batsheva Dagan und Matthias Heyl von der Gedenkstätte Ravensbrück auch die jüngste Landtagsabgeordnete Nadine Julitz, die wie die Schüler in der Müritz-Region zu Hause ist, und ihr Landtagskollege Peter Ritter, der aus der gleichen Stadt kommt wie die Schüler.

Zwischen der Ankunft in Ravensbrück und dem abschließenden Gedenken am Mahnmal für die ermordeten Häftlinge liegen nicht einmal 30 Stunden. Und doch haben die Mädchen und Jungen aus Stavenhagen wohl mehr als in zig Unterrichtsstunden gelernt. Wenn sie künftig über Krieg und Faschismus, über Konzentrationslager und Völkermord lesen und hören, werden sie immer auch an Ravensbrück denken – und an die Begegnung mit Batsheva Dagan, die extra ihretwegen aus ihrer heutigen Heimat Israel gekommen war.

■ *Mir ist klargeworden, dass der Holocaust für uns Schüler heute auch noch ein Thema ist und immer sein wird!* **Kiki**

■ *Liebe Frau Dagan, ich bin sehr gerührt von Ihrer positiven Ausstrahlung und Ihrer Lebensfreude. Dank Ihnen beginne ich, die kleinen Freuden des Lebens schätzen zu lernen.* **Kim**

■ *Nach diesem Projekt möchte ich mich mehr darauf konzentrieren, auch etwas zu tun, wenn ich Unrecht mitkomme. Man darf nicht wegschauen, wenn Menschen, die nicht perfekt zu einer Gruppe passen, verstoßen werden.* **Sophie**

■ *Liebe Frau Dagan, ich danke Ihnen für diese zwei viel, viel, viel zu kurzen Tage, für Ihren Mut, Ihre Geduld und Ihren Optimismus und Ihr Vertrauen in uns. Für weitere Klassen bitte ich Sie: Machen Sie weiter, so lange Sie können.* **Martin**



◀ Nach dem Tod von Altbundeskanzler Helmut Kohl legte auch der Landtag ein Kondolenzbuch aus. Als erste trugen sich Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Vincent Kokert, ein, viele Abgeordnete folgten ihrem Beispiel. Ihre Trauer und ihr Mitgefühl bekundeten auch zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, darunter viele Touristen, die von dieser Möglichkeit erst bei ihrem Schlossbesuch erfuhren.

◀ Am 6. Juli besuchte der Botschafter der Republik Estland, S.E. Dr. William Mart Laanemäe, den Landtag. Sein Land übernimmt turnusgemäß für das kommende halbe Jahr den EU-Ratsvorsitz. Im Innen- und Europaausschuss sowie im Rechtsausschuss berichtete er über die Schwerpunkte seines Landes für diesen Zeitraum. Nach einer Schlossführung, bei der Laanemäe auch einen Blick in die Baustelle des neuen Plenarsaals werfen konnte, wurde der Botschafter von Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp empfangen. Gesprächsthemen waren u. a. die Digitalisierung, der Fachkräftemangel, die Abwanderung, der Städtebau sowie die Zusammenarbeit im Ostseeraum.

◀ Die Botschafterin des Königreichs Norwegen, Ihre Exzellenz Frau Elisabeth Walaas (l.), war am 24. Mai erstmals im Schweriner Schloss zu Gast. Begleitet wurde sie von Asbjørn Brandsrud, Gesandter der Botschaft. Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke, die als Nord-europawissenschaftlerin norwegisch spricht, begrüßte die Gäste im Landtag. Gesprächsthemen waren u. a. die Kooperation im Ostseeraum, die Zusammenarbeit zwischen Norwegen und Mecklenburg-Vorpommern sowie wirtschafts- und energiepolitische Fragen. Man war sich einig, dass die Zeiten von reinem Import und Export von Gütern vorbei sind und dass es wichtig ist, zukünftig vor allem im Hochtechnologiebereich strategisch zusammenzuarbeiten. Elisabeth Walaas trug sich in das Gästebuch des Landtages ein und besichtigte auch die historischen Räume des Schlossmuseums.

◀ Im Mai hat Imker Mirko Lunau auf dem Dach des Schweriner Schlosses einen Bienenstock aufgestellt. Für ihn gehören Bienen zwar aufs Land, betont er. Da die Tiere dort aber nicht mehr genug Futter finden, hat er bereits seit einem Jahr Bienen in der Stadt. Der Landtag sei wegen eines möglichen Standortes angesprochen worden. „Das haben wir geprüft und entschieden, das Vorhaben zu unterstützen“, erläutert Landtagsdirektor Armin Tebben und freut sich schon auf den ersten Schloss-Honig. Vor allem aber gehe es um Aufmerksamkeit für die Futternot der Bienen und das Artensterben.

Foto: Jens Büttner

